

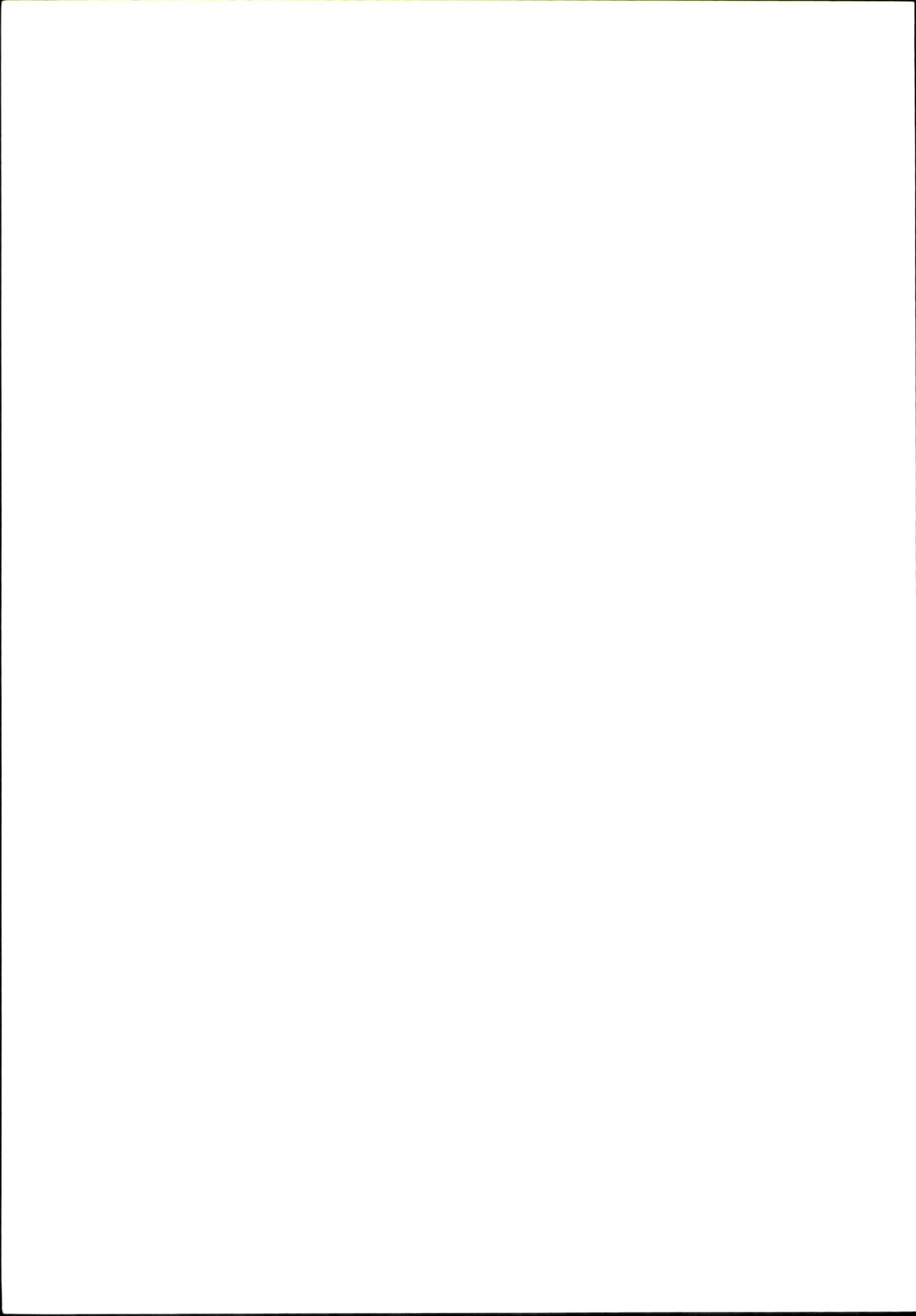
2. Parteitag der CDU

14.-17. Dezember 1991 • Dresden

Bericht der Bundesgeschäftsstelle

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs





Vorwort

- I. Der Bundestagswahlkampf 1990
- II. Parteigremien
 1. Präsidium
 2. Bundesvorstand
 3. Bundesausschuß
 4. Landesgeschäftsführerkonferenz
 5. Bundesparteigericht
- III. Aufbauprogramm für die Parteiorganisation der neuen Landesverbände
- IV. Bundesgeschäftsstelle
 1. Kommissionen
 - 1.1 Grundsatzprogramm-Kommission
 - 1.2 Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes
 - 1.3 Kommission Schutz des ungeborenen Kindes
 - 1.4 Organisationskommission
 2. Bundesfachausschüsse
 3. Kongresse/Aktionen
 - 3.1 Kongreß zur inneren Sicherheit in Hamburg
 - 3.2 Außenpolitischer Kongreß in Bonn
 - 3.3 Umweltkongreß in Magdeburg
 - 3.4 Jugendforum in Schwerin
 - 3.5 Europäischer Kulturkongreß in Frankfurt/Oder
 - 3.6 Aktion Solidarität/Wir halten zusammen
 - 3.7 Veranstaltungen (Übersicht)
 4. Pressearbeit
 5. Ständige Publikationen
 - 5.1 UiD
 - 5.2 Union Magazin
 6. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen
 - 6.1 Hessen
 - 6.2 Rheinland-Pfalz
 - 6.3 Hamburg
 - 6.4 Bremen
 - 6.5 Baden-Württemberg
 - 6.6 Schleswig-Holstein
 7. Öffentlichkeitsarbeit
 8. Organisation
- V. Die Mitgliederentwicklung in der CDU
- VI. Politischer Arbeitskalender

Vorwort

Mit diesem Bericht legen wir zum ersten Mal in der Geschichte der CDU einen Bericht vor, der Rechenschaft gibt über die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle in ganz Deutschland.

Mit dem Parteitag in Hamburg 1990, auf dem die Einheit der CDU Deutschlands wiederhergestellt wurde, sind der CDU Deutschlands in Bund und Ländern zusätzliche und neue Aufgaben gestellt worden. Alle waren bereit, Mitverantwortung für fünf neue Landesverbände in der besonders schwierigen Situation zu übernehmen. Die Aktion „Freunde helfen Freunden“ und die „Aktion Solidarität“ waren großartige und erfolgreiche Belege der Solidarität der CDU.

Die Partnerschaft zwischen den alten und den neuen Landesverbänden und die enge Zusammenarbeit zwischen der CDU-Bundesgeschäftsstelle und den Landesparteien, nicht zuletzt gemeinsam geführte Wahlkämpfe haben die CDU enger zusammenwachsen lassen.

In den zahlreichen Bundesgremien arbeiten jetzt Mitglieder der CDU aus ganz Deutschland zusammen und tragen gemeinsam Verantwortung für unsere Politik. Die Partei ist in diesem ersten Jahr der Einheit deutlich zusammengewachsen.

Das wichtigste Ereignis im Berichtszeitraum war ohne Zweifel die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl. Mit dem Kanzler der Einheit, Helmut Kohl, an der Spitze hat die Union ein hervorragendes Ergebnis erzielt: Ohne die Stimmen der CDU/CSU kommt eine Kanzlermehrheit im Deutschen Bundestag nicht zustande.

Hinter uns liegt ein Berichtszeitraum, auf den wir mit Recht stolz sein können. Es ist unbestreitbar, daß die CDU bei der Vollendung der inneren Einheit die größte Last zu tragen hat. Stimmungseinbrüche und herbe Wahlverluste waren zu verkraften, weil die CDU schwierige und unpopuläre Entscheidungen, die zum Aufbau der neuen Länder nötig waren, getroffen hat. Die CDU hat ihre Standfestigkeit bewiesen und wird sich auch in Zukunft bewähren.

So werden wir auch die großen Aufgaben lösen, die noch vor uns liegen. Dazu gehören u.a.:

Der Aufbau der neuen Landesverbände muß zügig weitergehen. Unser Ziel muß es sein, die neuen Landesverbände in die Lage zu versetzen, die 1994 dort anstehenden Wahlkämpfe aus eigener Kraft erfolgreich zu führen.

Die Partei als ganze muß sich jetzt der Aufgabe stellen, ihr Profil als moderne Volkspartei zu schärfen. Die vom Bremer Parteitag beschriebenen Defizite müssen aufgearbeitet und die dort beschlossenen Reformen konsequent umgesetzt werden. Im bevor-

stehenden Jahr 1992 soll die Modernisierung der Partei einen Schwerpunkt unserer Arbeit ausmachen. Wir brauchen neue, bürgernahe Formen der Parteilarbeit. Auf geänderte Verhaltensweisen, Lebensstile und Wertvorstellungen müssen wir reagieren. Dazu gehören neue Möglichkeiten, in unserer Partei mitzuarbeiten, und neue Formen der Bürgeransprache.

Politisches Interesse und politisches Engagement sind in einer Freizeitgesellschaft nicht selbstverständlich. Die CDU muß modern und attraktiv sein, wenn sie im Wettbewerb um die Aufmerksamkeit und Zustimmung der Bürger bestehen will.

Vor allem aber müssen wir Defizite in unserer Mitgliederstruktur, insbesondere bei Jugendlichen und Frauen, beseitigen. Auf der Bundesebene haben wir dabei große Fortschritte erreicht. Erfolge in den Ländern, Kreisen und Ortsverbänden müssen folgen.

Zum Profil einer modernen Volkspartei gehört die Fähigkeit, auf neue Entwicklungen und Herausforderungen überzeugende Antworten geben zu können. Angesichts tiefgreifender Veränderungen in Deutschland, Europa und weltweit müssen wir die Prioritäten unserer Politik neu bestimmen. Die CDU stellt sich dieser Aufgabe in den Fachausschüssen und in einer intensiven Grundsatzprogramm Diskussion.

Unser Dank gilt den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die im zurückliegenden Jahr vor teilweise völlig neue Aufgaben gestellt wurden. Ihr fachliches Können und ihre hohe Motivation haben viel zum politischen Erfolg beigetragen. Dank sagen wir aber ebenso allen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden, ohne deren Engagement die CDU nicht erfolgreich gewesen wäre und auch in Zukunft nicht sein kann.



Volker Rühle
Generalsekretär



Wilhelm Staudacher
Bundesgeschäftsführer

I. Der Bundestagswahlkampf 1990

Der erste gesamtdeutsche Wahlkampf nach Jahrzehnten der Teilung fand unter außergewöhnlichen Bedingungen statt. Mitten im Einigungsprozeß, in dem die Bundesregierung durch ununterbrochenes Handeln den politischen Fahrplan bestimmte, kam es für die CDU darauf an, diese politischen Entscheidungen den Wählern rasch zu vermitteln und überzeugend zu erklären. Schnelligkeit und Beweglichkeit bestimmten die politische Kommunikation. Die aktuelle Argumentationshilfe für den Wahlkämpfer hatte Vorrang vor dickleibigen und „trägen“ Werbe- und Informationsmitteln. Es war ein „redaktioneller Wahlkampf“, der die politischen Inhalte und den unmittelbaren Dialog mit den Bürgern in den Mittelpunkt rückte.

Die deutsche Einheit war das alles beherrschende Thema dieses Wahlkampfes. Befürchtungen, durch die Einheit möglicherweise überfordert zu werden, versuchte die SPD für sich zu mobilisieren. Aber wie 1983 und 1987 besiegte der Hoffnungs- und Kompetenzwahlkampf der CDU den Angstwahlkampf der SPD. Es gelang der CDU besser als der SPD, die politische Grundstimmung der Wählerschaft zu treffen, dem Wähler die historische Bedeutung seiner Wahlentscheidung nahezubringen und die Wahlmotive in der entscheidenden Frage zu bündeln: Wem trauen es die Bürger zu, die mit der deutschen Einheit verbundenen Probleme zu lösen?

Aber auch die Alltagsprobleme der Bürger wurden nicht ausgeklammert. In einer breit angelegten Kampagne, in einer Vielzahl kleinerer Gesprächsveranstaltungen zu aktuellen örtlichen, aber auch politisch „heißen“ Themen führte die CDU den 'Dialog mit den Bürgern'. Diese persönliche Kommunikation mit den Bürgern muß die Arbeit der Volkspartei CDU in den neunziger Jahren bestimmen.

Eine weitere Besonderheit dieses Bundestagswahlkampfes bestand darin, daß die Bürger in den neuen Bundesländern 1990 bereits dreimal zu den Wahlurnen gerufen worden waren, nämlich bei der Volkskammerwahl, den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen. In den westlichen Bundesländern hatten Landtagswahlen im Saarland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern stattgefunden. So war Wahlmüdigkeit nicht gänzlich auszuschließen. Daß sie letztlich nicht so gravierend in Erscheinung trat, ist auch darauf zurückzuführen, daß die CDU hochmotiviert in diesen Wahlkampf ging. Dazu trug das Bewußtsein bei, daß die CDU mit der deutschen Einheit eines ihrer wichtigsten Ziele erreicht und mit Helmut Kohl den Kanzler der Einheit an ihrer Spitze hatte. Die Personalisierung des Wahlkampfes unter dem Slogan „Kanzler für Deutschland“ war die richtige Antwort auf die politische Grundfrage dieser Deutschlandwahl.

Ein wichtiges strategisches Datum auf dem Weg zur Bundestagswahl waren für die CDU die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern und in Bayern am 14. Oktober. Das Ergebnis dieser Wahlen war mitentscheidend für die politische Ausgangslage vor der Bundestagswahl. Die CDU trug diesem Ergebnis dadurch Rechnung, daß sie die wahlkampfführenden Landesverbände personell, organisatorisch und werblich nach Kräften unterstützte. Vor allem der Einsatz von hauptamtlichen Mitarbeitern und Mandatsträgern aus dem Westen in den Kreis- und Landesgeschäftsstellen der neuen Landesverbände im Rahmen der Aktion „Freunde helfen Freunden“ stärkte dort die Schlagkraft der Partei.

Aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils fand der Bundestagswahlkampf in getrennten Wahlgebieten statt. Eine besondere Herausforderung bedeutete es aber, daß der Wahlkampf in zwei unterschiedlichen Öffentlichkeiten geführt werden mußte. Unterschiedlich war z.B. die Medienstruktur. Vor allem aber dominierten in den neuen Bundesländern die Themen Wirtschaftsentwicklung, soziale Sicherung und Arbeitsplätze stärker als in den westlichen Bundesländern. Nicht zu übersehen waren schließlich unterschiedliche „politische Mentalitäten“, mit denen auch in den nächsten Jahren noch zu rechnen sein wird.

Kampagnen des Wahlkampfes

Der gesamtdeutsche Wahlkampf wurde inhaltlich durch folgende Einzelkampagnen bestimmt:

- **Kanzlerkampagne:** Sie stellte die erfolgreiche Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl in der zu Ende gehenden Legislaturperiode heraus, vor allem seine Verdienste um die Vollendung der deutschen Einheit. Der Slogan der Kanzlerplakate lautete deshalb: „Kanzler für Deutschland“.
- **Kompetenz- und Zukunftskampagne:** Beginnend mit der Dialogkampagne „Ganz Ohr! Wir sprechen über Deutschland“ machte die CDU bis zum Wahltag ihre Vorstellungen über die künftige Gestaltung des vereinten Deutschlands in der Öffentlichkeit bekannt.
- **Angriffskampagne:** Die mit ersten Flugblättern, z.B. „Der falsche Mann zur falschen Zeit“ und „SPD: Die Steuer- und Abgabenerhöhungspartei“ begonnene Auseinandersetzung mit der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten wurde bis zum Wahltag verstärkt geführt.
- **Jugendkampagne:** In Zusammenarbeit mit der Jungen Union Deutschlands wurde eine besondere Jugendkampagne entwickelt, die durch den Slogan „Touch the Future – CDU – Die Jungen in der

Union“ zeitnah und im aktuellen Trend für die CDU warb. Eine Musikkassette und ein Kinospot, der auch flächendeckend in Discotheken gezeigt wurde, verstärkten diese Werbung zielgerichtet.

Info-Seminare

Einen neuen Weg der Information und Mobilisierung für Amts- und Mandatsträger beschreibt die Bundesgeschäftsstelle mit vierzehn „Info-Seminaren für Wahlkämpfer“. Sie wurden in der Zeit von Juni bis September 1990 in Absprache mit den Landes- bzw. Bezirksverbänden für Kreisgeschäftsführer, örtliche Wahlkampfbeauftragte und Mitarbeiter der Wahlkreiskandidaten durchgeführt.

Bei einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 50 Personen wurden insgesamt rund 700 aktive und engagierte Wahlkämpfer für den Wahlkampf geschult. Folgende Themen wurden dabei behandelt: Wahlkampf-Konzeption der CDU, neue Medien - neue Trends, Wahlkampf-Service der Bundesgeschäftsstelle, Jugendwahlkampf, neue Veranstaltungsformen, Direct Marketing; ab Mitte August zusätzlich: Landtagswahlkampf in der DDR: Erfahrungsaustausch und Wiederaufnahme der Aktion „Freunde helfen Freunden“.

Durch diese Seminarreihe konnten aktuelle Informationen direkt weitergegeben werden. Vielfältige persönliche Kontakte, die sich im Wahlkampf bewährten, wurden geschlossen.

Erste Folgeveranstaltungen fanden direkt im Anschluß an die Seminare statt: Mehrere Verbände führten mit Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle weitere Seminare zum Thema „direct mail“ und „Telefoncanvassing“ durch.

Dialogkampagne „Ganz Ohr! Wir sprechen über Deutschland“

Im September/Oktober 1990 wurden die Verbände der CDU aufgerufen, Dialogwochen und Dialogaktionen zu veranstalten. Träger dieser Aktionswochen waren die Mitglieder vor Ort; die Aktionen waren orts- und bürgernah und führten zu den Entscheidungsthemen der gesamtdeutschen Wahl hin.

Mit vielfältigen Materialien: Rahmenplakaten, Rahmenflugblättern, einem Arbeitshandbuch „Ideenbörse für Aktionswochen“ mit Aktionsvorschlägen, einem Zeitplan und einer Dokumentation von Modellveranstaltungen unterstützte die Bundesgeschäftsstelle die Aktionen der Verbände.

Um eine größtmögliche Mobilisierung zu erreichen, wurde das Arbeitshandbuch an alle 10.000 Ortsvorsitzenden, Kreis-, Bezirks-, Landesgeschäftsführer und Generalsekretäre versandt.

Aktion zum Tag der Deutschen Einheit

Mit besonderen Aktionen beging die CDU den Tag der Deutschen Einheit:

- in Bonn mit einem Großtransparent am Konrad-Adenauer-Haus mit dem Aufdruck „Wir freuen uns“,
- in den Verbänden der CDU durch vielfältige Aktionen wie z. B. Musikveranstaltungen und Luftballonaktionen. Von der Bundesgeschäftsstelle wurden dafür u.a. Schleifenbänder und Glückwunschkarten sowie das Regieheft „Zwölf Ideen zum Tag der Deutschen Einheit“ bereitgestellt.

Landtagswahlen in den neuen Bundesländern

Die fünf Landtagswahlen in den neuen Bundesländern hatten auch im Blick auf die gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 2. Dezember besondere Bedeutung.

Wie bei der Volkskammerwahl unterstützten wir unsere Parteifreunde in den neuen Landesverbänden personell, organisatorisch und werblich. Die Aktion „Freunde helfen Freunden“ im Rahmen der Partnerschaften zwischen den Landes- und Kreisverbänden hatte sich bereits bei den Volkskammerwahlen hervorragend bewährt und erwies sich auch diesmal als Erfolgsrezept für den Wahlsieg der CDU. Die SPD hatte dem nichts entsprechendes entgegenzusetzen.

Die einzelnen Maßnahmen:

- Es wurden 15 zentrale Großveranstaltungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl durchgeführt, außerdem rund 200 Veranstaltungen mit Bundesrednern.
- Es wurde eine Wahlkampfzeitung mit einer Auflage von vier Millionen Exemplaren verteilt. Sie erschien in fünf Landesausgaben, in denen die jeweiligen Spitzenkandidaten vorgestellt wurden.

Alle CDU-Kreisverbände sowie die regionalen Verbände sind von der Bundesgeschäftsstelle in einem festgelegten Rahmen kostenlos mit Material wie Plakaten, Hartfaserplatten u.ä. ausgestattet worden. Sie erhielten auch Flugblattsets als Druckvorlagen für Aktionen vor Ort.

- Die Plakate (Großflächen- und Parteiplakate) trugen die Motive: „Gemeinsam schaffen wir's“ und „Kanzler für Deutschland“.
- Im Fernsehen liefen TV-Spots mit regionalisierter Vorstellung der fünf Spitzenkandidaten, im Hörfunk Spots in allen Landessendern.

Wahlkampfmaterialien für die Bundestagswahl

Mit speziellen internen Informationen wurden im Bundestagswahlkampf die Mitglieder, Amts- und Mandatsträger über die Wahlkampfkampagnen, Wahlkampfleitung und neue Werbe- und Informationsmaterialien informiert: „Wahlkampf '90, Nr. 1“ und „Wahlkampf '90, Nr. 2“. Der Versand erfolgte an alle CDU-Geschäftsstellen mit der Bitte um Weitergabe an die Ortsverbände.

Union in Deutschland

Der UiD diente auch in diesem Wahlkampf zur laufenden Wahlkampfinformation. Aktive Wahlkampfshelfer wurden in Absprache mit den Landesverbänden für die Dauer des Wahlkampfes kostenlos mit dem UiD beliefert.

Elektronische Information: Telefax

Mit Erfolg wurden Telefax-Geräte im Wahlkampf eingesetzt: Alle Geschäftsstellen der CDU und die Abgeordnetenbüros mit Fax-Geräten (insgesamt rund 370 Empfänger) erhielten bei Bedarf innerhalb von 20 Minuten gleichzeitig aktuelle Informationen und Argumentationen der Bundesgeschäftsstelle. Insgesamt wurden 15.000 Seiten in 30 Aussendungen verschickt.

Bereits im Januar 1991 wurden nach den Koalitionsverhandlungen und im Zusammenhang mit dem Golfkrieg weitere aktuelle Ausgaben des „CDU-Infifax“ verschickt. Die Zahl der Empfänger in den neuen Bundesländern steigt ständig.

Verteilmaterial

Zahlreiche Verteilmaterialien, die über das IS-Versandzentrum bestellt werden konnten, unterstützt die Arbeit der aktiven Wahlkämpfer:

- Faltblätter: „Was sagt die CDU zum Thema ...“ (13 Themen)
- Broschüre „Die Einheit von A bis Z“
- Broschüre „Fakten, die für sich sprechen/1982 – 1990“
- Briefwahlprospekt
- A-3-Flugblatt „Warum es mit der SPD nicht geht“
- Flugblattsets zu aktuellen Themen zum Nachdrucken für Verbände.

Verteilmaterial an Haushaltungen

Wie in den vergangenen Wahlkämpfen kam es auch diesmal darauf an, bis zum letzten Tag die Wähler aktuell mit Informationen erreichen zu können. Für die letzten drei Wochenenden vor der Wahl wurden deshalb von der Bundesgeschäftsstelle produziert und durch Mitglieder an die Haushaltungen verteilt:

- zwei Ausgaben der Zeitung „Deutschland am Wochenende“ mit einer Gesamtauflage von 27 Millionen Exemplaren. Beide Ausgaben enthielten regionalisierte Seiten: 33 Landesseiten (11 Verbände mit je 3 Seiten), 8 Bezirksseiten und jeweils über 200 Kandidatenseiten
- Als Ausgabe für die neuen Bundesländer erschien die „Zeitung zur Wahl“ mit einer Auflage von vier Millionen Exemplaren. Auch sie enthielt Landesseiten sowie eigene Kandidatenseiten.
- Mit einem Kanzlerbrief (Auflage 16 Millionen) wandte sich Bundeskanzler Helmut Kohl direkt an die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Plakatwerbung

Im Vorwahlkampf erhielten die Verbände auf Bestellung kostenlos das Motiv „Wir freuen uns auf Deutschland“.

Für den Hauptwahlkampf wurde wieder eine kostenlose Grundausstattung von insgesamt 3000 Plakaten für alle Kreisverbände angeboten, die sie nach eigener Entscheidung auf folgende Motive aufteilen konnten:

- Kanzler für Deutschland (zwei Ausführungen)
- Slogan „Gemeinsam schaffen wir's“.

Zusätzlich wurde das Schlußplakat „Wählen gehen!“ ausgeliefert.

In den neuen Landesverbänden wurde ein Teil der Plakate bereits für die Landtagswahlen vorab ausgeliefert und dann durchgehend bis zur Bundestagswahl geklebt.

Kommerzielle Plakatierung

Zur kommerziellen Plakatierung gehörten Großflächen und Sondergroßflächen (Wesselmann) sowie Allgemenstellen und Ganzstellen mit den Motiven der Parteiplakatierung; sie umfaßte insgesamt zwei Dekaden mit je 30.000 Plakaten. Die allgemein positive Wirkung, vor allem der Kanzler-Plakate, war u. a. auch auf eine gute Standortplanung mit der verpflichteten Media-Agentur zurückzuführen. Die kommerzielle Großflächenplakatierung erfolgte auch in den neuen Bundesländern, wenngleich dort in beschränktem Umfang.

Rundfunk- und Fernsehspots

Wie im Europawahlkampf 1989 gelang es der CDU auch diesmal, TV-Spots in den privaten Sendern zu plazieren. In allen öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendern wurden geschaltet:

- je achtmal zweieinhalb Minuten-Spots in ARD und ZDF
- je 25 mal Dreißig-Sekunden-Spots in RTL plus, SAT 1, Pro 7, Tele 5.

Folgende Motive erschienen im Fernsehen:

- Kanzlerspot
- Themenspot
- Schlußspot
- „Touch the Future“

Schaltungen gab es ebenfalls in allen öffentlich-rechtlichen und privaten Hörfunk-Sendern mit folgenden Motiven:

- Kanzlerspot
- Wirtschaftsaufschwung
- Wählen gehen!

Anzeigenwerbung

Beginnend mit den Info-Seminaren wurden die Schaltungen der Anzeigenwerbung in Absprache mit den örtlichen CDU-Verbänden vorbereitet. Zum ersten Mal wurden dabei auch in erheblichem Umfang Anzeigenblätter zur Ergänzung der Abdeckung geschaltet.

Im einzelnen wurden Anzeigen geschaltet in:

- Kaufzeitungen
- regionalen Tageszeitungen der alten Bundesländer
- überregionalen Tageszeitungen
- Tageszeitungen in den neuen Bundesländern
- Welt am Sonntag
- Bild am Sonntag
- Anzeigenblättern.

Folgende Motive wurden geschaltet:

- Wir Deutschen hatten noch nie so gute Chancen.
- 3 gute Gründe, CDU zu wählen.
- Dem Kanzler können Sie vertrauen. (Neue Bundesländer)
- Umweltschutz: Wir verlieren keine Zeit.
- Die SPD wollte die Einheit nicht – aber jetzt will sie ganz Deutschland regieren.

- Nur wenn die Wirtschaft läuft, geht es uns in Zukunft besser! (Neue Bundesländer)
Unser Kanzler hat mehr bewegt als jede Friedensbewegung!
- Weiter aufwärts / Sie haben's in der Hand!
- Am 2. Dezember haben Sie drei gute Gründe, CDU zu wählen. (Anzeigenblätter)
- 2. Dezember: Schicksalswahl / Wählen gehen!

Kandidatenservice

Mit einem umfangreichen Kandidatenservice wurden auch in diesem Wahlkampf alle Wahlkreiskandidaten betreut. Aufgrund der sehr kurz vor der Wahl liegenden Nominierung der Direktkandidaten in den neuen Landesverbänden konnten diese Kandidaten erst sehr spät in den Service aufgenommen werden.

Zu den Leistungen für die Kandidaten aus den alten Bundesländern gehörten:

- Fotoservice für Portraits
- Kleinwerbemittel (Angebot eines Sortiments unterschiedlicher Artikel)
- Kandidatenprospekt (Faltblatt)
- Kandidatenplakat
- laufende persönliche Beratung
- jeweils mehr als 200 Kandidatenseiten in beiden Ausgaben von „Deutschland am Wochenende“.

Zu den Leistungen für die Direktkandidaten aus den neuen Bundesländern gehörten:

- Fotoservice
- Plakatherstellung
- Kandidatenprospekt (Faltblatt)
- Wahlweise: Kandidatenkleinwerbemittel mit Namensdruck oder vorgepacktes Kleinwerbemitelpaket
- laufende persönliche Beratung
- Kandidatenvorstellung auf fünf Regionalseiten in „Zeitung zur Wahl“.

Jugendkampagne

In Zusammenarbeit mit der Jungen Union erarbeitete die Bundesgeschäftsstelle eine zeitnahe Jugendkampagne, die den Slogan „Touch the Future“ auf folgenden Komponenten verbreitete:

- Musikkassette
- Plakat

- Aufkleber
- Rahmenplakat
- Rahmenflugblätter.

Um die Jugendlichen auch dort zu erreichen, wo sie ihre Freizeit verbringen, wurde ein Videofilm „Touch the Future“ hergestellt und

- in 1500 Kinos in ganz Deutschland
- als Video in 500 Discotheken sowie
- als TV-Spot in einer Dreißig-Sekunden-Version in den privaten Sendern gezeigt.

Bundesrednereinsatz

Insgesamt haben 66 Bundespolitiker während des Landtagswahlkampfes in den neuen Bundesländern 261 Wahlkampfveranstaltungen bestritten. Hierfür wurden 15.360 Ankündigungsplakate bestellt. Über die zwischen den Landesverbänden bestehenden „Partnerschafts-Kontakte“ wurden zahlreiche weitere Termine jeweils in Direktabsprache vermittelt.

Mehr als 1.000 Rednereinsätze wurden im Bundestagswahlkampf von der Bundesgeschäftsstelle zentral organisiert. Alle Mitglieder von Präsidium und Bundesvorstand, die Bundesminister - sowie auf Anfrage auch eine Reihe von Parlamentarischen Staatssekretären - (rund 100 Politikerinnen und Politiker) wirkten an diesen Veranstaltungen mit. - Neben den üblichen Vortragsveranstaltungen wurden in zunehmendem Maße Zielgruppenveranstaltungen sowie Redaktionsgespräche vermittelt.

Insgesamt wurden 28.000 Bild- und Ankündigungsplakate durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle bestellt. Wie üblich, erhielten die Bundesredner auch logistische Unterstützung. So wurden beispielsweise die Tonbusse wurden bei 415 Veranstaltungen eingesetzt und legten dabei annähernd zwei Millionen Kilometer zurück.

Im Zentrum der Wahlkämpfe des Jahres stand der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, der 77 Wahlkampfkundgebungen mit annähernd zwei Millionen Teilnehmern bestritt.

II. Parteigremien

1. Präsidium

Das Präsidium kam im Berichtszeitraum seit dem 1. Parteitag der CDU Deutschlands am 1./2. Oktober 1990 in Hamburg zu 13 Sitzungen zusammen. Es befaßte sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Ergebnis und Analyse der
 - Landtagswahlen in den neuen Bundesländern (14.10.1990)
 - Landtagswahl in Bayern (14.10.1990)
 - Bundestagswahl (2.12.1990)
 - Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus (2.12.1990)
 - Landtagswahl in Hessen (20.1.1991)
 - Landtagswahl in Rheinland-Pfalz (21.4.1991)
 - Wahl zur Hamburger Bürgerschaft (2.6.1991)
 - Wahl zur Bremer Bürgerschaft (29.9.1991)
 - Kommunalwahl in Niedersachsen (6.10.1991)
- Vorbereitung der Bundestagswahl
- Vorbereitung der Koalitionsverhandlungen
- Koalitionsvereinbarungen
- Steuer- und Finanzpolitik, u.a.:
 - Subventionsabbau
 - Mehrwertsteuer
 - Unternehmenssteuerreform
 - Länderfinanzausgleich
 - Tarifabschluß im öffentlichen Dienst
- Aufbau neue Bundesländer, u.a.:
 - Finanzausstattung der neuen Bundesländer
 - Finanzielle Ausstattung der Kommunen
 - Wirtschaftliche Entwicklung und Entwicklung des Arbeitsmarktes
 - Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen
 - Abbau des Lohn- und Gehaltsgefälles zwischen den alten und neuen Bundesländern
 - Personelle Hilfe beim Aufbau der öffentlichen Verwaltung
 - Aufbau der Rechtspflege
 - Rentenüberleitungsgesetz
 - Aufbau der Rundfunkanstalten

- Schutz des ungeborenen Kindes
- Konzept für eine Pflegeversicherung
- Familienpolitik
- Umweltpolitik
- Medienpolitik
- Asylpolitik
- Drogenproblematik
- Bekämpfung der organisierten Kriminalität
- Kohle-Politik
- Verfassungsdiskussion
- Frage des Parlaments- und Regierungssitzes
- Berufung von Wilhelm Staudacher zum Bundesgeschäftsführer der CDU (22.2.1991)
- Lage der CDU in den alten und in den neuen Landesverbänden
- Vorbereitung der Bundesausschuß-Sitzung am 10.6.1991 in Weimar
- Vorbereitung des Parteitages in Dresden, 14.-17.12.1991
- Golf-Krieg
- Waffenexporte
- Deutsch-amerikanische Freundschaft
- Entwicklung in der Sowjetunion
- Anerkennung der baltischen Staaten
- Deutsch-polnischer Vertrag
- Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
- Europäische Zentralbank
- Politische Union der EG
- Sicherheitsunion der EG
- Parteienstruktur im Europäischen Parlament
- Abrüstungspolitik
- Bürgerkrieg in Jugoslawien
- Auswirkungen der GATT-Verhandlungen auf die Landwirtschaft
- Reise des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, nach Chile und Brasilien

2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 15 Sitzungen, zwei Klausurtagungen und erstmals in der Geschichte von CDU und CSU zu einer gemeinsamen Klausurtagung beider Vorstände zusammen.

Schwerpunktthemen: s. Präsidium

Außerdem:

- Beratung und Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 1990 (22.10.1990)
- Verabschiedung eines Aufrufs zur Bundestagswahl 1990 (12.11.1990)
- Beschluß zum Verzicht der CDU auf sämtliche

- Eigentumsrechte an Grundstücken, Gebäuden und an Wirtschaftsbetrieben der ehemaligen CDU (Ost) (12.11.1990)
- Resolution zur Krise am Golf (10.1.1991)
- Aufstellung von Eckpunkten für vorrangige Aufgaben zum Aufbau der neuen Bundesländer (23.2.1991)
- Einsetzung folgender Kommissionen (23.2.1991):
 - Grundsatzprogramm-Kommission
 - Kommission zum Schutz des ungeborenen Kindes
 - Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes
 - Organisationskommission
 - Finanzkommission
- Beschluß zur Änderung der Ordnung für die Bundesausschüsse (23.2.1991)
- Arbeitsprogramm der Bundespartei zur Unterstützung der neuen Landesverbände
- Beschluß zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes (31.5.1991)
- Verabschiedung des Etats der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1991 (31.5.1991)
- Nominierung von Dr. Angela Merkel für die Wahl zur stellvertretenden Parteivorsitzenden und von Christine Lieberknecht für die Wahl zum Mitglied des Parteipräsidiums (23.9.1991)
- Beschluß zum Thema Asylrecht (30.9.1991)
- Tendenzbeschluß zur Pflegeversicherung (30.9.1991)
- Vorbereitung des Parteitages in Dresden
- Beschluß zu einem Spendenaufruf an die Mitglieder der CDU in den alten Landesverbänden zur Zahlung eines einmaligen Solidaritätsbeitrages von 10,- DM zum Aufbau der neuen Landesverbände (14.10.1991)
- Beratung und Verabschiedung des Leitantrages zum Parteitag in Dresden – Dresdner Manifest – (14.10.1991)

3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum am 10. Juni 1991 zu einer Sitzung in Weimar zusammen. Er befaßte sich mit folgenden Themen:

- Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zur politischen Lage
- Bericht des Generalsekretärs Volker Rühle zu den Perspektiven der CDU im geeinten Deutschland
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundes-

tagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, über die Arbeit der Fraktion

- Beratung und Verabschiedung der „Weimarer Erklärung der CDU Deutschlands“

4. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu fünf Sitzungen und einer Klausurtagung zusammen.

Schwerpunkthemen:

- Analyse der Landtagswahlen in den neuen Bundesländern
- Vorbereitung der Bundestagswahl
- Analyse der Bundestagswahl
- Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus
- Landtagswahl Hessen
- Landtagswahl Rheinland-Pfalz
- Jahresplanung der Bundespartei
- Aufbauprogramm für die neuen Landesverbände
- Mitgliederwerbung/Mitgliederbetreuung
- Nachwuchsförderung
- Ortsverbandsarbeit
- Vorbereitung des Parteitages in Dresden
- Bürgerschaftswahl Bremen
- Kommunalwahl Niedersachsen
- Asylaktion
- Zwischenberichte der Organisationskommission

5. Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht der CDU trat in der Zeit vom 1. August 1989 bis 15. November 1991 zu insgesamt sieben Sitzungen zusammen, in denen insgesamt 43 Verfahren aus den Jahren 1987 bis 1991 entschieden wurden. Dabei handelte es sich um:

- 29 Wahlanfechtungen,
- 5 Ausschlußverfahren,
- 2 Streitigkeiten wegen Verhängung von Ordnungsmaßnahmen,
- 2 Richterablehnungen,
- 2 Anträge auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung,
- 1 Rehabilitationsverfahren,
- 1 Verfahren zur Überprüfung von Satzungsbestimmungen (Beiladung des Generalsekretärs, Zulassung der Öffentlichkeit zu Parteigerichten, Zulassung von parteilosen Rechtsbeiständen),
- 1 Verfahren wegen Widerruf von Behauptungen.

Diese 43 Verfahren hatten folgende Ergebnisse:

- 15 Zurückweisungen des Rechtsmittels,
- 23 Einstellungen des Verfahrens,
 - 1 Zurückverweisung an das zuständige Landesparteigericht,
 - 1 Aufhebung des Beschlusses eines Landesparteigerichts,
 - 1 Vergleich,
 - 1 Bestimmung eines zuständigen Landesparteigerichts,
 - 1 Bestimmung eines zuständigen Kreisparteigerichts.

Zur Zeit sind beim Bundesparteigericht noch insgesamt neun Verfahren aus den Jahren 1989 bis 1991 anhängig. Es handelt sich dabei um

- 4 Wahlanfechtungen,
- 1 Ausschlußverfahren,
- 1 Verfahren wegen Ruhens der Mitgliedschaftsrechte,
- 1 Verfahren wegen einer Ordnungsmaßnahme,
- 1 Verfahren wegen Einsichtnahme in Mitgliederlisten,
- 1 Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung.

Die Geschäftsführung des Bundesparteigerichts wird durch das Justitiariat der Bundesgeschäftsstelle wahrgenommen.

III. Aufbauprogramm für die Parteiorganisation der neuen Landesverbände

1. Änderung der Organisationsstruktur

Die CDU in der ehemaligen DDR hat bereits zu Beginn des Jahres 1990 ihre Organisationsstruktur verändert.

Die bisherigen Bezirksverbände wurden aufgelöst, an deren Stelle traten die jetzigen Landesverbände. Dies erfolgte bereits vor der Bildung der neuen Bundesländer. Erste Überlegungen über die künftigen Strukturen der Kreisgeschäftsstellen wurden im Sommer 1990 angestellt und nach dem Beitritt der neuen Landesverbände zur CDU Deutschlands weiterentwickelt.

Die Kreisverbände verfügten, obwohl sie geringe Mitgliederzahlen hatten, jeweils über mehrere Mitarbeiter. Die technische Ausstattung der Geschäftsstellen

len war unzureichend und würde den heutigen Anforderungen in keiner Weise gerecht werden.

Die Landesverbände haben in der ersten Hälfte des Jahres 1991 in eigener Verantwortung die Zahl der Geschäftsstellen neu abgegrenzt und verringert. Von bis dahin 230 ist ihre Zahl auf insgesamt 81 Kreisgeschäftsstellen in den fünf neuen Ländern und im Ostteil von Berlin verringert worden.

Heute werden von einer Kreisgeschäftsstelle in der Regel drei Kreisverbände betreut. Bei der Abgrenzung der Kreisgeschäftsstellen haben sich die Landesverbände an den Bundestagswahlkreisen orientiert. Nach den gegenwärtigen Mitgliederzahlen entfallen auf jede Kreisgeschäftsstelle durchschnittlich 1.359 Mitglieder und 186.000 Einwohner.

Aus sachlichen und finanziellen Überlegungen mußten sich die Landesverbände von einer großen Zahl hauptamtlicher Mitarbeiter trennen. Die dadurch entstandenen sozialen Härten konnten durch Abfindungsleistungen zum Teil gemindert werden.

Die Bundespartei hat dazu unter anderem finanzielle Mittel verwandt, die sie bei der Vereinigung vom früheren Hauptvorstand der CDU der ehemaligen DDR übernommen hatte.

Die an die Kreisgeschäftsstellen gestellten höheren Anforderungen bedingen eine entsprechend qualifizierte technische Ausstattung. Mit einem Aufbauprogramm hat die Bundespartei die dazu notwendigen Voraussetzungen geschaffen. In das Aufbauprogramm wurden auch die Landesgeschäftsstellen mit einbezogen.

Die personelle Ausstattung der Landes- und Kreisgeschäftsstellen ist bisher nicht abgeschlossen. In vielen Kreisgeschäftsstellen sind bisher nur Geschäftsführer/innen bestellt worden. Nach den Entscheidungen über die künftigen Strukturen der Landesgeschäftsstellen ist die Bundespartei zu weiterer personeller Unterstützung bereit.

Die Bundespartei hat in diesem Jahr die Geschäftsstelle des Hauptvorstandes der CDU der ehemaligen DDR und die Bildungsstätte Burgscheidungen aufgeben müssen. Darüber hinaus haben die Landesverbände in den fünf neuen Bundesländern und die Bundespartei auf jegliches Eigentum an Grund und Boden und alle Rechtsträgerobjekte verzichtet.

2. Technische Ausstattung der Landes- und Kreisgeschäftsstellen in den neuen Landesverbänden

Die nach der Strukturreform in den Landesverbänden neu gebildeten Kreisgeschäftsstellen erhielten von der Bundesgeschäftsstelle die für die Parteiarbeit erforderliche Ausstattung an technischen Geräten. Bei dieser Ausstattung wurden die im Jahr 1990 von den Patenkreisverbänden im Westen zur Verfügung ge-

stellten technischen Geräte (Kopierer, Drucker, Computer usw.) mit berücksichtigt. Die jeweils erforderliche Einzelausstattung der Geschäftsstellen wurde mit den zuständigen Landesgeschäftsführern abgestimmt und war im Oktober 1991 abgeschlossen.

Die Geschäftsstellen wurden ausgestattet mit Personal-Computern für die Textverarbeitung, Mitgliederverwaltung, Finanzbuchhaltung und für den Beitragszugang, mit einem Drucker, der es den Kreisverbänden ermöglicht, Massendrucksachen wie z.B. Flugblätter zu produzieren, sowie weiteren Geräten zur Vereinfachung der notwendigen Verwaltungsarbeit in einer Geschäftsstelle.

Außerdem wurde die technische Ausstattung in den Landesgeschäftsstellen durch EDV-Mehrplatzanlagen, Offsetdruck-Maschinen, Poststraße und Zusammentrage-Automaten erheblich verbessert.

3. Schulungen für Kreisgeschäftsführer und -führerinnen

- Seminare:

Für die Kreisgeschäftsführer/-innen und die Mitarbeiter/-innen der Landesgeschäftsstellen in den neuen Bundesländern wurden verschiedene Seminare angeboten: So haben fünf jeweils zweiwöchige Seminare stattgefunden. Der Lehrinhalt dieser Seminare reichte von der Finanzverfassung über das Steuer- und Haushaltsrecht bis hin zur innerparteilichen Willensbildung, Pressearbeit etc. Vor Ort konnten Aufgaben und Arbeitsweisen einer Kreisgeschäftsstelle bei einem Besuch erörtert werden. Es stand ein Kontingent von 99 Seminarplätzen zur Verfügung, 54 Kreisgeschäftsführer/-innen nahmen die Gelegenheit zur Weiterbildung wahr, 50 Teilnehmern/-innen konnte das Abschlußzertifikat ausgehändigt werden.

- Computerlehrgänge:

Desweiteren haben „PC-Schulungen“ stattgefunden, an denen entweder der/die Kreisgeschäftsführer/in bzw. deren Mitarbeiter teilnehmen konnten. Es erfolgte eine Einweisung in den PC, in die Betriebssoftware MS-DOS sowie in die Mitgliederverwaltung und die Textverarbeitung WORD. Es fanden insgesamt sechs einwöchige Lehrgänge statt, die von 65 Kreisverbänden besucht wurden.

IV. Bundesgeschäftsstelle

1. Kommissionen

1.1 Grundsatzprogramm-Kommission

Der Bundesvorstand hat gemäß dem Auftrag des Hamburger Parteitages auf seiner Klausurtagung am 22./23. Februar 1991 in Mayschoss eine Kommission mit dem Auftrag eingesetzt, das Ludwigshafener

Grundsatzprogramm von 1978 „zu überprüfen und fortzuschreiben“. Nach dem Rücktritt des Vorsitzenden Lothar de Maiziere wurde Dr. Reinhard Göhner MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, mit dem Vorsitz beauftragt; Stellvertreter sind Dr. Maria Böhmer MdB und Staatsminister Arnold Vaatz, Sachsen.

Die Kommission arbeitet in Kommissionsgruppen nach den Schwerpunktthemen und Kapiteleinteilungen des alten Programmes:

- In der Kommissionsgruppe I „Grundwerte/Verständnis vom Menschen“ geht es darum, die Grundlagen christlich-demokratischer Politik aufzuzeigen und über Ergänzungen nachzudenken (Sprecher: Dr. Bernhard Vogel, Roland Koch MdL).
- In der Kommissionsgruppe II „Entfaltung der Person“ muß der soziale und gesellschaftliche Wandel, z.B. in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Interessen der Frau, der Rolle älterer Menschen behandelt werden (Sprecherin: Bundesministerin Dr. Angela Merkel MdB).
- Die Kommissionsgruppe III „Ökologische und soziale Marktwirtschaft“ erweitert das Themenfeld der Sozialen Marktwirtschaft um die ökologische Komponente und behandelt sozialpolitische Fragen (Sprecherin: Dr. Maria Böhmer MdB).
- Die Kommissionsgruppe IV „Der Staat“ hat das positive Staatsverständnis der CDU sowie die neuen Probleme, z. B. die Überlastung des Rechtsstaats oder Innere Sicherheit, zum Gegenstand (Sprecherin: Erika Steinbach-Hermann MdB).
- In der Kommissionsgruppe V: „Deutschland in der Welt“ wird die neue internationale Verantwortung Deutschlands der veränderten Weltlage entsprechend aufgezeigt (Sprecher: Dr. Ottfried Hennig MdB).
- Eine weitere, neu eingesetzte Kommissionsgruppe „Bewahrung der Schöpfung“ arbeitet unter Federführung von Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB. Die Bewahrung und Gestaltung der Schöpfung ist eine Leitidee, die sich durch das gesamte Programm ziehen wird und zudem in einem eigenen neuen Kapitel des künftigen Grundsatzprogramms behandelt werden soll.

Erhebliche inhaltliche Vorbereitungen sind bereits in den Kommissionsgruppen geleistet worden.

Die Gesamtkommission tagte viermal im Plenum. Auf ihrer Klausurtagung vom 17. bis 19. November 1991 in Potsdam wurden folgende Leitlinien für die Weiterarbeit beschlossen:

- Der methodische Zugang des Gesamtprogramms wie der einzelnen Themenfelder soll problemorientiert sein; die Grundlagen christlich-demokratischer Politik sollen ausführlich entfaltet und Perspektiven für Problemlösungen entwickelt werden.

- In Veranstaltungen wird die Grundsatzprogramm-Kommission den Dialog mit der Partei und der Öffentlichkeit suchen und für eine offene Diskussion über das neue Grundsatzprogramm werben. Am 12. Oktober 1991 ging es auf einer Tagung in Weimar um die Frage, was die Bürger in den neuen Bundesländern von der CDU erwarten. Der Bedeutung des „C“ für die CDU widmete sich eine Podiumsdiskussion am 27. November 1991 in Bonn. Für 1992 sind weitere Veranstaltungen geplant zu den Themen „Versagt der Staat im Bewußtsein seiner Bürger?“ (KG IV), „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „Mit knappen Mitteln leben“ (KG III) sowie „Alt und jung“ (KG II).
- Sachverständige aus Wissenschaft und Forschung sowie kompetente Berater aus anderen Bereichen sollen auch weiterhin die Arbeit der Grundsatzprogramm-Kommission begleiten.
- Bis Juni 1992 wird die Grundsatzprogramm-Kommission viermal zusammentreten und über Textentwürfe beraten. Ab Ende des Jahres 1992 soll ein erster Entwurf des neuen Grundsatzprogramms vorgelegt und in Partei und Öffentlichkeit diskutiert werden.
- Zielvorstellung ist, daß die Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms im Frühjahr 1994 erfolgen kann.

Der Partei wird Anfang 1992 eine Zusammenstellung von Mitgliedern der Grundsatzprogramm-Kommission zugeleitet, die als Redner zu bestimmten Themen zur Verfügung stehen.

1.2 Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes

Der Bundesvorstand hat auf seiner Klausurtagung am 22./23. Februar 1991 in Mayschoss eine Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes eingesetzt. Den Vorsitz der Kommission übernahm Bundesminister Dr. Norbert Blüm, seine Stellvertretung lag bei Staatsminister Anton Pfeifer. Die Kommission tagte dreimal; sie führte eine Anhörung von Sachverständigen aus den Bereichen Gesetzliche Krankenversicherung, Private Krankenversicherung, Ärzteschaft, Wirtschaft, Handwerk und Gewerkschaft durch.

Die Kommission legte dem Bundesvorstand als Beratungsergebnis folgende Eckpunkte vor:

- Das Pflagerisiko ist durch eine allgemeine und umfassende Pflegepflichtversicherung abzusichern.
- Prävention und Rehabilitation haben Vorrang vor Pflegeleistungen.
- Die häusliche Pflege hat Vorrang vor stationärer Pflege.
- Die Pflegeversicherung muß bereits Pflegebedürftige und pflegenaher Jahrgänge mit einschließen.

- Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen die Kosten der Pflege auffangen.
- Die Leistungen der Pflegeversicherung sind durch Beiträge zu finanzieren.
- Die Leistungen der Pflegeversicherung sind zu dynamisieren und in der Höhe nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit zu staffeln.
- Die Pflegeberufe müssen aufgewertet und die häusliche Pflegeperson muß sozial abgesichert werden.
- Die pflegerische Infrastruktur muß weiter auf- und ausgebaut werden, die Investitionskosten sind von der Öffentlichen Hand zu tragen.

Bei den Beratungen der Pflegekommission blieb offen, ob die Pflegepflichtversicherung als private oder als eine soziale Pflegeversicherung zu gestalten ist.

1.3 Kommission „Schutz des ungeborenen Kindes“

Der Bundesvorstand hat in seiner Klausurtagung am 22./23. Februar 1991 eine Kommission „Schutz des ungeborenen Kindes“ eingesetzt. Den Vorsitz der Kommission übernahm Bundesministerin Hannelore Rönch; ihre Stellvertretung lag bei Bundesministerin Dr. Angela Merkel. Die Kommission hatte den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten zur Umsetzung der in Artikel 31 Absatz 4 des Einigungsvertrages getroffenen Vereinbarung zur Neuregelung des Schutzes des vorgeburtlichen Lebens sowie der verfassungskonformen Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen.

Die Kommission hat in vier Arbeitssitzungen Grundsätze zur Neufassung des § 218 StGB, zur Ausgestaltung sozialer Hilfen für Schwangere und zur Verwirklichung eines umfassenden Beratungsangebotes formuliert. Diese Grundsätze fanden Eingang in die Beratungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Kommission des Bundesvorstandes empfiehlt, den Schutz des ungeborenen Kindes in erster Linie durch soziale Hilfen zu verbessern. Es wurde ein Maßnahmenkatalog entwickelt mit dem Ziel, die Entscheidung für das Kind zu erleichtern.

In der Beratung für Schwangere sieht die Kommission einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz des ungeborenen Kindes, da die Beratung erheblich dazu beitragen kann, eine im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft bestehende Notlage zu bewältigen und Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen. Deshalb hat sich die Kommission für eine Beratungspflicht ausgesprochen. Eine Frau, die nach einer Beratung durch eine anerkannte Beratungsstelle einen Abbruch vornehmen läßt, soll grundsätzlich von Strafe freigestellt werden.

Darüber hinaus spricht sich die Kommission dafür aus, bei Vorliegen einer medizinischen Indikation und

bei Vorliegen einer psycho-sozialen Notlage, die anders als durch einen Abbruch nicht behoben werden kann, auf die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs zu verzichten. Die Kommission lehnt eine Fristenlösung, wie sie 1975 vom Bundesverfassungsgericht verworfen wurde, aus ethischen Gründen ab.

1.4 Organisationskommission

Der Bundesvorstand der CDU hat in seiner Sitzung am 22./23. Februar 1991 eine Organisationskommission eingesetzt.

Aufgabe dieser Kommission ist es, entsprechend dem Beschluß des Bundesparteitages in Hamburg vom 1. Oktober 1990 die Organisationsstruktur und das Satzungsrecht der CDU in ganz Deutschland zu überprüfen sowie dem Bundesvorstand Vorschläge für etwaige Änderungen zu machen. Gegenstand der Überprüfung sind insbesondere die künftige Zusammensetzung der Organe der Bundespartei (Bundesvorstand, Bundesausschuß, Bundesparteitag) sowie die bisherigen Regelungen über die Exil-CDU.

Die Organisationskommission soll außerdem überprüfen, inwieweit die Beschlüsse des 37. Bundesparteitages in Bremen konkret umgesetzt worden sind. Sie soll dem Bundesvorstand Vorschläge unterbreiten, wie u. a. Defizite in der Mitgliederstruktur ausgeglichen und die Parteiarbeit und die Öffentlichkeitsarbeit der CDU verbessert werden können.

Die Kommission unter Vorsitz von Generalsekretär Volker Rühle hat sich am 29. Mai 1991 konstituiert. Sie hat einen Zeitplan für die Arbeit der Kommission in zwei Stufen festgelegt:

1. Einsetzung von Arbeitsgruppen, die bis Ende 1991 konkrete Vorschläge für den Bundesvorstand zum Arbeitstitel „1992, Jahr der Parteireformen“ erarbeiten sollen.
2. Die Vorschläge zu den satzungsrechtlichen Fragen sollen im Verlauf des Jahres 1992 erarbeitet werden.

Weiter hat die Kommission drei Arbeitsgruppen eingesetzt:

1. Abbau der Mitgliederstrukturdefizite

Vorbereitung einer Mitgliederwerbemaßnahme für die Gesamtpartei Anfang 1992. Wie kann die Partei für Arbeitnehmer, junge Menschen, Frauen, Mittelstand und Intellektuelle u. a. attraktiver werden?

2. Attraktivität der CDU für jugendliche Zielgruppen

Wie gelingt es der CDU, für Jugendliche, junge Frauen, junge Arbeitnehmer und Studentinnen und Studenten attraktiver zu werden? Wie werden mehr jüngere Parteimitglieder zur Mandatsan-

nahme motiviert? Wie wird der Führungsnachwuchs der CDU gefördert?

3. Maßnahmen zur Verbesserung der Orts- und Kreisverbandsarbeit

Wie werden die Bremer Beschlüsse und Maßnahmen durchgeführt? Sind sie ausreichend? Inwieweit sind neue Formen der Parteiarbeit verbindlich durchzusetzen? Welche Schulungsmaßnahmen sind erforderlich für:

- die Vorsitzenden in den Orts- und Kreisverbänden
- die Mandatsträger auf allen Ebenen
- die hauptamtlichen Mitarbeiter?

Verbesserung der Kommunikation zwischen Bundespartei, Landesverbänden, Kreis- und Ortsverbänden.

Die drei Arbeitsgruppen haben im Verlauf des Jahres in mehreren Sitzungen Arbeitspapiere erarbeitet, die zur Zeit zu einem Gesamtanschlag zusammengefaßt und im Januar 1992 abschließend in der Organisationskommission beraten werden sollen.

2. Bundesfachausschüsse

Mit Beschluß des Bundesvorstandes vom 23. Februar 1991 wurde entschieden, wieder 21 Bundesfachausschüsse einzusetzen. Allerdings wurde die Anzahl der Mitglieder auf 35 begrenzt. Zum ersten Mal wurden in die Fachausschüsse Mitglieder aus den neuen Landesverbänden berufen. Die gemeinsame Arbeit in den Bundesfachausschüssen ist ein wichtiger Beitrag zur inneren Einheit der CDU.

(1) Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender:
Johannes Gerster MdB (Rheinland-Pfalz)

Stellvertreter:
Heinz Paus MdL (Nordrhein-Westfalen)
Dr. Lutz-Rainer Senglaub (Thüringen)

Geschäftsführer:
Dr. Klaus Schüller

Schwerpunktt Themen:
- Bewältigung der SED- und Stasi-Vergangenheit
- Aufbau der Verwaltung in den neuen Bundesländern
- Zukunft des öffentlichen Dienstes
- Innere Sicherheit/Situation der Polizei/Fortschreibung des Programms Innere Sicherheit/Verfassungsschutz
- Ausländer- und Asylpolitik/Neuregelung Staatsangehörigkeitsrecht
- Verfassungsreform
- Aussiedler/Kriegsfolgenabschlußgesetzgebung
- Kommunal- und Verwaltungsreform in den neuen Bundesländern

Stellungnahmen, Erklärungen, Beschlüsse:
- Erklärung zum Asylrecht (20. September 1991)

(2) Bundesfachausschuß Sportpolitik

Vorsitzender:
Ferdinand Tillmann MdB (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter:
Cordula Schubert (Brandenburg)
Michael Sauer (Rheinland-Pfalz)

Geschäftsführerin:
Edelgard Schönau

Arbeitskreise:
- Leistungssport
- Programmkommission

Schwerpunktt Themen:
- Aktualisierung des Sportprogramms der CDU
- Förderung des Sports in den neuen Ländern
- Ehrenamt im Sport
- Doping
- Kinder- und Jugendsportschulen/Nachwuchsförderung
- Internationale Sportpolitik

Stellungnahmen, Erklärungen, Beschlüsse:
- Beschluß zur Sportförderung in den neuen Bundesländern (21. November 1991)

(3) Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vorsitzender:
Dr. Georg Gölter MdL (Rheinland-Pfalz)

Stellvertreter:
Hildegard Matthäus MdL (NRW)
Dr. Michael Luther MdB (Sachsen)

Geschäftsführer: N.N.

Arbeitskreise:
- Schule
- Hochschule
- Kultur

Schwerpunktt Themen:
- Bildungspolitik (Hauptschule, Strukturfragen, berufliche Bildung)
- Hochschule
- Kulturpolitik im vereinten Deutschland
- Weiterbildung
- Lehrerbildung

(4) Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vorsitzender:
Kersten Wetzel MdB (Thüringen)

Stellvertreter:
Eckart von Kläden (Niedersachsen)
Madeleine Göhring MdHB (Hamburg)

Geschäftsführer: N.N.

Schwerpunktthemen:

- Vorbereitung des jugendpolitischen Kongresses der CDU am 2./3. Oktober 1991 in Schwerin
- Konzepte der Jugendhilfe
- Situation von Jugendlichen, insbesondere in den neuen Bundesländern

(5) Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vorsitzende:

Christa Thoben (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter:

Dr. Dieter Murmann (Schleswig-Holstein)

Peter Jakoby MdL (Saarland)

Geschäftsführer:

Michael Alber

Arbeitsgruppen:

- Grundsätze einer Reform der Unternehmensbesteuerung
- Europäischer Binnenmarkt

Schwerpunktthemen:

- Wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern
- Pflegeversicherung

(6) Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender:

Richard Bayha MdB (Hessen)

Stellvertreter:

Staatssekretär Klaus Gille (Sachsen-Anhalt)

Dr. Hedda Meseke MdB (Niedersachsen)

Geschäftsführerin:

Marion Wiese

Schwerpunktthemen:

- Erarbeitung eines Agrarkonzeptes für das wiedervereinigte Deutschland
- Rechts- und Betriebsformen in der gesamtdeutschen Landwirtschaft
- Landwirtschaft und Umweltschutz
- Alternative Einkommensmöglichkeiten für Landwirte
- Erhaltung und Weiterentwicklung des ländlichen Raumes
- Neuorientierung der EG-Agrarpolitik

(7) Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau

Vorsitzender:

Werner Dörflinger MdB (Baden-Württemberg)

Stellvertreter:

Staatssekretär Wolfgang Branoner (Berlin)

Dr. Klaus Mildner MdB (Sachsen-Anhalt)

Geschäftsführer:

Jürgen Kammel

Schwerpunktthemen:

Neuordnung der Wohnungsbauförderung

- Baulandmobilisierung
- Förderung des Werkwohnungsbaus
- Anpassung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau
- Problem der Fehlbelegung von Sozialwohnungen
- Wohneigentumsförderung
- Altschuldenproblematik in den neuen Bundesländern
- Bauen und Umwelt
- Verbesserung und Verstetigung der Rahmenbedingungen für private Investitionen im Wohnungsbau

(8) Bundesfachausschuß Verkehrspolitik

Vorsitzender:

Dirk Fischer MdB (Hamburg)

Stellvertreter:

Heinz Hardt MdL (NRW)

Thomas Kretschmer MdL (Thüringen)

Geschäftsführer:

Jürgen Kammel

Schwerpunktthemen:

- Bundesverkehrswegeplanung (einschließlich Fragen der privatwirtschaftlichen Finanzierung von Verkehrswegen)
- Strukturreform der Eisenbahn
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Verkehrsmarktordnung (Anpassung an den EG-Binnenmarkt)
- Intelligente Verkehrslenkung/ Verkehrsmanagement

(9) Bundesfachausschuß Energiepolitik

Vorsitzender:

Ludwig Gerstein (NRW)

Stellvertreter:

Volker Ebermann (Sachsen)

Dr. Marcus Mattis (Baden Württemberg)

Geschäftsführer:

Dr. Wolfgang Kubink

Arbeitsgruppe:

Umwelt und Energie (gemeinsam mit dem Bundesfachausschuß Umweltpolitik)

Besuche: Arbeitsbesuch im Lausitzer Braunkohlegebiet vom 19.-21. August 1991

Beschluß: Anforderung an ein energiepolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung

(10) Bundesfachausschuß Umweltpolitik

Vorsitzender:

Kurt-Dieter Grill MdL (Niedersachsen)

Stellvertreter:

Roland Salchow MdHB (Hamburg)

Dr. Petra Uhlmann (Mecklenburg-Vorpommern)

Geschäftsführer:
Dr. Wolfgang Kubink

- Arbeitsgruppen:
- Umwelt und globale Verantwortung
 - Umwelt und Verkehr
 - Elbe und grenzüberschreitender Umweltschutz
 - Naturschutz
 - Umwelt und Energie (Gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Bundesfachausschuß Energiepolitik)

Beschluß: Magdeburger Eckpunkte zur Umweltpolitik im geeinten Deutschland

(11) Bundesfachausschuss Frauenpolitik

Vorsitzende:
Dr. Maria Böhmer MdB (Rheinland-Pfalz)

Stellvertreterinnen:
Christine Arlt-Palmer (Baden-Württemberg)
Karin Hübeler (Thüringen)

Geschäftsführerin:
Ulrike Nolte

- Arbeitsgruppen:
- Frauenförderpläne
 - Stellenwert der Frauenpolitik in der CDU
 - Nichtsozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse

- Schwerpunktt Themen:
- Situation der Frauen und Familien in den neuen Bundesländern
 - Kommunale Frauenförderpläne
 - Wählerinnenverhalten
 - Nichtsozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
 - Fremdheit der Frau in der Politik
 - Politikverständnis von Frauen
 - Gleichberechtigungsgesetz
 - Frauenpolitik der Bundesregierung

(12) Bundesfachausschuß Familienpolitik

Vorsitzende:
Maria Michalk MdB (Sachsen)

Stellv. Vorsitzende:
Birgit Schnieber-Jastram MdHB (Hamburg)
Franz Wieser MdL (Baden-Württemberg)

Geschäftsführerin:
Dr. Adelheid Gliedner-Simon

- Arbeitsgruppe:
- Familie und Arbeitswelt

- Schwerpunktt Themen:
- Perspektiven einer gesamtdeutschen Familienpolitik
 - Familienpolitik der Länder
 - Regionale und örtliche Familienpolitik
 - Familienlastenausgleich
 - Familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Pflege in der Familie
- Kinderbetreuung
- Vielfalt der Familienformen

- Beschlüsse:
- Empfehlungen zur Familienpolitik für das CDU-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1990
 - Zahlung eines vorgeburtlichen Babygeldes

(13) Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vorsitzender:
Hermann-Josef Arenz MdL (NRW)

Stellvertreter:
Dr. Frank-Michael Pietzsch MdL (Thüringen)
Sylvia Welzig (Brandenburg)

Geschäftsführer: N.N.

- Arbeitsgruppen:
- Pflege
 - Umbau des Sozialstaates
 - Soziale Einheit
 - Soziales Europa

- Arbeitsschwerpunkte:
- Fachliche Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens zur Pflegeversicherung
 - Materielle und ideelle Aufwertung der Pflegeberufe und Aufbau der notwendigen Pflege-Infrastruktur
 - Erarbeitung eines Konzeptes „humaner Sozialstaat“
 - Aufbau der sozialpolitischen Infrastruktur in den neuen Bundesländern
 - Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern
 - Europäische Sozialunion

(14) Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vorsitzender:
Bernhard Jagoda MdB (Hessen)

Stellvertreter:
Sabine Klenke MdL (Sachsen-Anhalt)
Prof. Dr. med. Ulf König (NRW)

Geschäftsführerin:
Gerda Lübbert

- Schwerpunkte der Arbeitsplanung:
- Ärztliche Ausbildung
 - Ausbildung der Gesundheitsberufe
 - Prävention
 - Umweltmedizin
 - Qualitätssicherung
 - Kostenentwicklung in den Krankenhäusern
 - Personalmangel in den Krankenhäusern
 - Medikamentenproblematik
 - Finanzierung des Gesundheitswesens
 - Probleme der Selbstbeteiligung
 - Medizinische Versorgung in den neuen Bundesländern

(15) Bundesfachausschuß Außenpolitik

Vorsitzender:

Elmar Brok MdEP (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter:

Dr. Burkhard Dobiey (Nordrhein-Westfalen)

Dr. Friedbert Pflüger MdB (Niedersachsen)

Geschäftsführer:

Mechthild Tewinkel (bis 11. November 1991)

Klaus Welle (ab 11. November 1991)

Schwerpunktt Themen:

- Deutschlands Verantwortung in der Welt
- Perspektiven der europäischen Integration
- Aufbau einer europäischen Friedensordnung
- Osteuropa und Sowjetunion
- Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen
- Menschenrechte und Schutz von Minderheiten
- Bewältigung weltweiter Herausforderungen: regionale Krisen und Konflikte, Flüchtlingsströme, Unterentwicklung und Armut, Umweltzerstörung

Stellungnahmen, Erklärungen, Beschlüsse:

- Erklärung zur Stärkung und Erweiterung der Rolle des Europäischen Parlaments (18. November 1991)

(16) Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vorsitzender:

Parl. Staatssekretär Hans-Peter Repnik MdB (Baden-Württemberg)

Stellvertreter:

Anne-Karin Glase (Brandenburg)

Dr. Volkmar Köhler MdB (Niedersachsen)

Geschäftsführerin:

Mechthild Tewinkel

Arbeitskreise:

- Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft
- Umwelt und Entwicklung
- Handel und Entwicklung/Marktwirtschaft und Entwicklung
- Kultur und Entwicklung
- Dialog mit den Kirchen
- Migration
- Osteuropa
- Parteiarbeit

Weitere Schwerpunkte:

- Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe
- Bevölkerungsproblem
- Förderung von Frauen
- Politische Reformen in Afrika und Lateinamerika
- Menschenrechte

(17) Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vorsitzender:

Otto Hauser MdB (Baden-Württemberg)

Stellvertreter:

Ulrich Adam MdB (Mecklenburg-Vorpommern)

Thomas Kossendey MdB (Niedersachsen)

Geschäftsführerin:

Mechthild Tewinkel

Schwerpunktt Themen:

- Zukunft der Bundeswehr: erneuerter Auftrag, Wehrstrukturreform, Problem der Wehrgerechtigkeit
- Aufbau einer neuen Friedensordnung in Europa:
- Reform der NATO-Strategie, Stärkung des europäischen Pfeilers
- Fortführung von Rüstungskontrolle und Abrüstung

(18) Bundesfachausschuß Europapolitik

Vorsitzender:

Bernhard Sälzer MdEP (Hessen)

Stellvertreter:

Doris Pack MdEP (Saarland)

Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP (NRW)

(bis 1. Dezember 1990)

Michael Stübgen MdB (Brandenburg)

(seit 18. September 1991)

Geschäftsführer:

Heinrich Rentmeister (bis 1. Dezember 1990)

Gert Olav Göhs (seit 18. September 1991)

Schwerpunktt Themen:

- EG-Binnenmarkt
- EG-Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union
- Erweiterung der EG um Mitgliedsländer der EFTA und der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas
- Gerechte finanzielle Lastenverteilung beim Aufbau der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas
- EG-Außenpolitik und Jugoslawienkrise
- Europapolitische Parteiarbeit der CDU

(19) Bundesfachausschuß Forschung und Technologie

Vorsitzender:

Christian Lenzer MdB (Hessen)

Stellvertreter:

Parl. Staatssekretär Dr. Helmut Münch (Sachsen)

Prof. Dr. Josef Bugl (Baden-Württemberg)

Geschäftsführerin:

Marion Wiese

Schwerpunktt Themen:

- Schaffung einer gesamtdeutschen Forschungslandschaft
- Schwerpunkte der Forschungsförderung
- Status und Perspektiven der Großforschungseinrichtungen
- Forschungsaktivitäten auf dem Verkehrssektor
- Zukunftschancen durch Informationstechnologien

- Bedeutung der Mikroelektronik und Mikrosystematik für Staat und Wirtschaft
- Forschung und Entwicklung in Osteuropa

(20) Bundesfachausschuß Medienpolitik

Vorsitzender:

Parl. Staatssekretär Bernd Neumann MdB (Bremen)

Stellvertreter:

Klaus von Trotha MdL (Baden-Württemberg)

Gabriele Wiechatzek MdB (Berlin)

Geschäftsführer:

Dr. Peter Wellert

Schwerpunktthemen:

- Neuordnung der Rundfunklandschaft in Deutschland
- Gründung und Finanzierung neuer Rundfunkanstalten und Entwicklung von Landesmediengesetzen in den neuen Bundesländern
- Auswirkungen des 1991 novellierten Rundfunkstaatsvertrages
- Zukunft der Bundesrundfunkanstalten
- europäische Medienpolitik und die Harmonisierung rundfunkrechtlicher Grundlagen
- Pressepolitik
- Filmpolitik
- journalistische Nachwuchsförderung.

(21) Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender:

Staatsminister Dr. Heinz Eyrich MdL (Baden-Württemberg)

(bis 29. Oktober 1991)

Herbert Helmrich MdB (Niedersachsen)

(seit 29. Oktober 1991)

Stellvertreter:

bis 29. Oktober 1991: Herbert Helmrich MdB

Prof. Dr. Rupert Scholz MdB (Berlin)

Dr. Otto Theisen (Rheinland-Pfalz)

Prof. Dr. Winfried Tilmann (Nordrhein-Westfalen);

seit 29. Oktober 1991: Jakob Kraetzer (Berlin)

Staatsminister Walter Remmers (Sachsen-Anhalt)

Prof. Dr. Rupert Scholz MdB

Prof. Dr. Winfried Tilmann

Geschäftsführerin:

Petra Kansy

Fachkommissionen:

- „Neue Bundesländer“ mit den Unterkommissionen Regierungskriminalität, SED-Unrecht/Rehabilitation, Enteignungen (seit Oktober 1991)
- Verfassungsrecht (seit November 1991)

3. Kongresse/Aktionen

3.1 Kongreß zur Inneren Sicherheit in Hamburg

Am 22. Mai 1991 hat die CDU Deutschlands in Hamburg einen Fachkongreß zur Inneren Sicherheit

durchgeführt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Der Freiheit des Bürgers verpflichtet - Unsere Verantwortung für die Innere Sicherheit“. An dem Kongreß nahmen rund 300 Personen teil, darunter auch zahlreiche Teilnehmer aus den neuen Bundesländern.

Im Mittelpunkt des Vormittages stand eine Rede von Bundesminister Wolfgang Schäuble zum Thema „Der Rechtsstaat: Voraussetzung für Freiheit und inneren Frieden“. Anschließend sprach der Bürgermeisterkandidat der Hamburger CDU, Hartmut Perschau MdEP, zu den Problemen der inneren Sicherheit in Hamburg. An die Referate schloß sich eine rege Plenumsdiskussion an.

Der Nachmittag war dem Thema „Rauschgiftkriminalität - Herausforderung für Staat und Gesellschaft“ gewidmet. Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Hans-Ludwig Zachert, gab dazu in seinem einführenden Referat eine ausführliche Situationsanalyse. In einem Expertengespräch, das von dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, geleitet wurde, diskutierten anschließend Fachleute über Maßnahmen zur Rauschgiftbekämpfung. An das Expertengespräch schloß sich eine Plenumsdiskussion an.

Die Veranstaltung stieß auf großes Medieninteresse und fand breiten Niederschlag in der Berichterstattung von Presse, Funk und Fernsehen.

3.2 Außenpolitischer Kongreß in Bonn

Am 15. Mai hat die CDU einen außenpolitischen Kongreß unter dem Thema „Deutschlands Verantwortung in der Welt“ durchgeführt. Mit rund 500 Gästen aus dem In- und Ausland gab es eine intensive fast siebenstündige Diskussion über die künftige Außenpolitik des vereinten Deutschlands. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Teilnehmer aus dem europäischen Ausland, so aus Frankreich und Großbritannien, aber auch aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Nach Reden von Generalsekretär Volker Rühle und Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg diskutierten unter Leitung des diplomatischen Korrespondenten der „Zeit“, Dr. Christoph Bertram: Vernon A. Walters (Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika), Christopher Patten MP (Vorsitzender der Conservative Party), Bernard Bosson (Centre des Démocrates Sociaux), Prof. Wjatscheslaw Daschtschew (Freie Universität Berlin), Andrzej Szcypiorski (polnischer Senator) und Karl Lamers MdB (Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion). Die Gäste äußerten dabei viel Zustimmung zur Außenpolitik Deutschlands, vor allem im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit; sie äußerten die Erwartung, daß Deutschland jetzt eine größere Verantwortung für die Wahrung und Gestaltung des Friedens in Europa und weltweit übernehmen werde.

Am Nachmittag diskutierte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, mit vier ausländischen Journalisten: Karen Breslau (Newsweek), Evgeni Bovkoun (Iswestija), David Marsh (Financial Times) und Jean-Paul Picaper (Le Figaro); an dieser Diskussion beteiligten sich später auch zahlreiche Gäste, vor allem auch aus dem europäischen Ausland.

Die Auffassung der CDU, daß das vereinte Deutschland in der Mitte Europas seiner gewachsenen außenpolitischen Verantwortung in enger Abstimmung mit seinen Freunden, Nachbarn und Partnern, gerecht werden müsse, fand bei den Teilnehmern und Gästen des Kongresses breite Unterstützung.

Die Reden und Diskussionsbeiträge sind in der Reihe „Politik aktuell“ der Bundesgeschäftsstelle veröffentlicht worden.

3.3 Umweltkongreß in Magdeburg

An der ersten Konferenz der Umweltbeauftragten der CDU am 28. Juni 1991 in Magdeburg nahmen rund 300 der insgesamt 350 Umweltbeauftragten der CDU-Kreisverbände teil. Dem Einführungsreferat von Generalsekretär Volker Rühle und einer Präsentation vorbildhafter Aktionen durch Umweltbeauftragte folgte eine lebhafte Diskussion. Den Teilnehmern standen neben Generalsekretär Volker Rühle auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Dr. Bertram Wieczorek, der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Klinkert, sowie der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Dr. Roland Salchow, zur Verfügung.

Zu dem anschließenden öffentlichen Umweltforum kamen mehr als 500 Besucher. Die Veranstaltung wurde mit einem Grundsatzreferat von Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer eröffnet. Darauf folgten kurze Beiträge von Umweltbeauftragten, die aus verschiedenen Perspektiven (Kommunalpolitik, Unternehmen, Umweltverbände) über ihre praktische Arbeit berichteten, sowie von Dr. Herbert Spindler, Staatssekretär im Umweltministerium von Sachsen-Anhalt. Daran schloß sich eine Diskussion, vorrangig über die Umweltprobleme in den neuen Bundesländern, an.

Die Veranstaltung unterstrich das große Interesse von aktiven Parteimitgliedern an der Umweltpolitik. Weitere Tagungen der Umweltbeauftragten sind in jährlichem Abstand geplant.

Zur Vorbereitung und Nacharbeit dieses Kongresses wurden eine Wandzeitung „Wir kämpfen gegen den Abfall“, ein Aktionshandbuch „Ökologische Offensive 91“ und ein aktuelles Themenflugblatt veröffentlicht.

3.4 Jugendforum in Schwerin

Am Jugendforum „Politik zum Anfassen“, das am 2. und 3. Oktober 1991 in Schwerin stattgefunden hat,

nahmen etwa 1.000 Jugendliche teil, davon etwa je die Hälfte aus den alten und den neuen Bundesländern. Zu acht Forums- und Plenumsveranstaltungen waren insgesamt über zwei Dutzend namhafte Politiker der CDU nach Schwerin gekommen, die den Teilnehmern am Jugendforum zur Diskussion zur Verfügung standen. Besonders intensiv wurden dabei vor allem den Themen Ausbildung, Europa, Umwelt, Bundeswehr, Verkehr, Familie, Entwicklungshilfe diskutiert.

Nicht Reden und Referate standen im Vordergrund, sondern der offene Dialog mit den Jugendlichen. „Die 1. Jugendgroßveranstaltung seit über 40 Jahren auf dem Boden der ehemaligen DDR ohne Beteiligung der FDJ“ (so Bundesjugendministerin Dr. Angela Merkel bei der Eröffnung) ermöglichte in lockerer Atmosphäre viele ungezwungene Gespräche zwischen Jugendlichen und Politikern, in denen die jungen Leute kritisch und bestimmt ihre Meinung vorgetragen haben und ihre Fragen los werden konnten.

Parallel zu den Foren fand eine Info-Börse statt, zu der viele Gruppen, u.a. aus der Umwelt-, Drogen- und Jugendverbandsarbeit, eingeladen waren. Fast 40 Gruppen - von „amnesty international“ über die „Stiftung Demokratische Jugend“ bis hin zum „Naturschutzbund Deutschlands“ - haben sich an diesem Markt der Möglichkeiten beteiligt und über ihre Arbeit informiert. Es wurde aber nicht nur diskutiert, sondern am „Abend der Begegnung“ auch der erste Jahrestag der Deutschen Einheit gefeiert.

Das Schweriner Jugendforum kann als Beispiel für ähnliche Jugendbegegnungen auch auf Landes- und kommunaler Ebene dienen.

Um die Mitglieder der CDU sowie eine breite Öffentlichkeit über das Jugendforum zu informieren, wurden die Ergebnisse in einer Sonderausgabe von „U+D extra“ veröffentlicht. Eine Wandzeitung für die Schaukästen der CDU-Verbände informierte werbend über das Forum.

3.5 Europäischer Kulturkongreß in Frankfurt/Oder

Am 31. Oktober 1991 hat die CDU einen Fachkongreß zum Thema „Kulturgemeinschaft Europa – Die Zukunft des Kontinents“ in Frankfurt an der Oder durchgeführt. Bei der Diskussion mit 500 geladenen Gästen aus dem In- und Ausland ging es um die geistigen und kulturellen Grundlagen der europäischen Einigung.

Nach einer Einführungsrede von Generalsekretär Volker Rühle diskutierten Bundesministerin Dr. Angela Merkel MdB und der sowjetische Schriftsteller Jewgeni Popow über den „Umbruch in Europa: Vom neuen Denken zum Sieg der Freiheit“.

Am Nachmittag diskutierte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, mit europäischen

Schriftstellern und Intellektuellen. An dem Gespräch beteiligten sich: Ota Filip, Ulla Hahn, Jewgeni Popow, Prof. Joseph Rován und Andrzej Szczypiorski.

In der Diskussion wurde vor allem die Notwendigkeit umfassender Hilfen für die jungen Demokratien Mittel-, Ost- und Südosteuropas und die Sowjetunion deutlich. Die geistige und kulturelle Einheit Europas kann dabei Grundlage sein für das Zusammenwachsen des Kontinents. Alle Teilnehmer hoben die Chancen, die mit dem Umbruch in Europa verbunden sind, hervor. Sie sprachen aber auch mögliche Risiken an und warnten vor einem Wiedererwachen des Nationalismus.

3.6 „Aktion Solidarität/Wir halten zusammen“

Die Menschen in Deutschland haben der CDU bei der Bundestagswahl am 2. Dezember 1991 ihr Vertrauen geschenkt. Dieses Vertrauen müssen wir mit dem Erfolg unserer Arbeit rechtfertigen.

Nach der Herstellung der staatlichen Einheit geht es darum, die Menschen in Deutschland zusammenzuführen und die innere Einheit zu vollenden. Diese Aufgabe ist nicht nur eine Frage des Geldes. Es geht nicht allein um Investitionen, sondern darum, Verständnis füreinander zu gewinnen und aufeinander zuzugehen. Die Menschen in den neuen Bundesländern dürfen nicht das Gefühl haben, mit ihren Problemen allein gelassen zu werden; was sie brauchen, sind Mutmacher statt Angstverstärker. Und für die Menschen in den alten Bundesländern kommt es darauf an, mehr unmittelbare Informationen über die wirkliche Lage in den neuen Bundesländern zu erhalten.

Erforderlich ist, daß wir Deutschen nach 40 Jahren der Trennung auch unsere gemeinsame Identität wiederfinden. Das aber werden wir am ehesten erreichen, wenn wir bereit sind, solidarisch miteinander umzugehen und zusammenzuhalten.

Diese Einsicht hat die CDU durch ihre breit angelegte „Aktion Solidarität“ gefördert. Die Aktion, zu deren tatkräftiger Unterstützung der Generalsekretär am 17. April 1991 alle Mitglieder, Mandats- und Funktionsträger aufgerufen hat, stand und steht unter dem Motto „Wir halten zusammen“; sie knüpft an die erfolgreiche Aktion „Freunde helfen Freunden“ aus dem vergangenen Jahr an und richtet sich an die Bürger in den neuen und alten Bundesländern. Im Rahmen dieser Aktion wurden unter anderem folgende Maßnahmen durchgeführt:

In den neuen Bundesländern:

- Die Bundespartei hat einen großen Teil ihrer Veranstaltungen in den neuen Ländern durchgeführt; so z.B. den Bundesausschuß am 10. Juni („Kleiner Parteitag“), weitere Gremiensitzungen sowie Fachtagungen und Kongresse.
- Es fanden zahlreiche Informationsveranstaltungen mit Bundesrednern statt, in denen über die Maß-

nahmen der Bundesregierung informiert wurde. Als Verteilmittel wurde eine „Ratgeber-Serie“ entwickelt, die über die neuen gesetzlichen Regelungen und Rechtsansprüche unterrichtet.

- Jeder Kreisverband konnte den Rat und die Hilfe eines Partnerkreisverbandes im Westen in Anspruch nehmen.
- Es wurde mit der Ausstattung der CDU-Geschäftsstellen mit moderner Bürokommunikation begonnen. Die Bundespartei übernimmt einen Kostenanteil in Höhe von vier Millionen Mark.
- Ein Weiterbildungsprogramm für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter wurde organisiert und durchgeführt.

In den alten Bundesländern haben die Verbände der CDU im Rahmen der „Aktion Solidarität“ Informationsveranstaltungen zur Lage in den neuen Bundesländern durchgeführt. Ziel war es, möglichst viele Referenten aus den neuen Ländern zu gewinnen, die am besten aus eigenem Erleben über die Situation dort berichten und Verständnis für die Probleme vermitteln können. Damit konnten „Informationsgrenzen“, die hier wie dort immer noch bestehen, weitgehend abgebaut werden. Auf der Grundlage solcher Informationen wurden dann konkrete Projekte solidarischen Handelns entwickelt.

In einem möglichst dicht geknüpften Netz partnerchaftlicher Beziehungen von West nach Ost und von Ost nach West zwischen Parteigliederungen, Mandatsträgern in den Kommunen, Verbänden, Vereinen, Schulen und Berufsgruppen haben wir viele Anlässe geschaffen, durch die Menschen in Deutschland zusammengeführt wurden.

Fachleute gesucht

Über eine „Solidaritäts-Börse“ in der Bundesgeschäftsstelle wurde ein intensiver Erfahrungsaustausch sichergestellt. Mit der „Aktion Solidarität“ wurde ein Rahmen dafür geboten, daß sich viele Mitbürger entsprechend ihren Kenntnissen und Möglichkeiten engagieren konnten und können. Ob es um das Ausfüllen eines Wohngeldantrages oder um die betriebswirtschaftliche Kalkulation eines neueröffneten Geschäftes geht - Fachleute, die ihre Erfahrung zur Verfügung stellen - und sei es auch nur für ein Wochenende - sind immer gefragt.

Umgekehrt ist es für viele Menschen aus den neuen Ländern eine wertvolle Hilfe, wenn sie in den westlichen Betrieben, Verwaltungen, Praxen und Institutionen konkrete Erfahrungen sammeln können. Und wir haben bei unserer Aktion natürlich auch nicht vergessen, daß Menschen dort am leichtesten zusammenfinden, wo sie es möglichst zwanglos tun: bei Festen aller Art und im Sport.

Für die Aktion Solidarität wurde eine Musterrede, ein Leitfaden für die praktische Durchführung der Aktion und eine Dokumentation zur Lage in den neuen Bundesländern erstellt.

3.7 Veranstaltungen (Übersicht)

In Zusammenarbeit der Hauptabteilungen Politik, Öffentlichkeitsarbeit und Organisation sowie unter Beteiligung der jeweiligen Vereinigungen wurden folgende Veranstaltungen/Kongresse im Kongreßzentrum des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses bzw. außerhalb Bonn inhaltlich vorbereitet und organisatorisch abgewickelt:

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer
12. 3. 1991	Empfang des Generalsekretärs zur Verabschiedung des Bundesgeschäftsführers Peter Radunski und Amtseinführung seines Nachfolgers Wilhelm Staudacher	200
12./13. 4. 1991	32. EAK-Bundestagung „Das vereinte Deutschland – Chance und Aufgabe“ Berlin, Kongreßhalle am Alexanderplatz	450
3. 5. 1991	KPV-Bundesvertreterversammlung und Kommunalkongreß „Für starke Gemeinden im vereinten Deutschland“ Hannover, Kuppelsaal	500
13. 5. 1991	3. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union „Die Verantwortung für unser Leben“ Hamburg, Congress-Centrum	450
15. 5. 1991	Außenpolitischer Fachkongreß „Deutschlands Verantwortung in der Welt“ Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	550
17. 5. 1991	Senioren-Union/ Frauen-Union: Kongreß „Absicherung bei Pflegebedürftigkeit – für eine menschengerechte Pflege“ Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	480
22. 5. 1991	Fachkongreß Innere Sicherheit „Der Freiheit des Bürgers verpflichtet – Unsere Verantwortung für die Innere Sicherheit“	300

10. 6. 1991	Hamburg, Großer Saal der Handwerkskammer Bundesausschuß Weimar, Volkshaus; anlässlich seines Aufenthaltes in Weimar besuchte der Bundeskanzler mit einer Delegation des Präsidiums das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald und legte dort Kränze nieder.	300
28. 6. 1991	„Gemeinsam für eine lebenswerte Umwelt“ – 1. Konferenz der Umweltbeauftragten der CDU in Verbindung mit dem – „Umweltforum der CDU Deutschlands“, Magdeburg, Kongreß-Hotel	350
18. 9. 1991	Kommunalwahlveranstaltung: Konferenz der Mandats- und Funktionsträger der CDU Niedersachsen Hannover, Eilenriedehalle	2.500
2./3. 10. 1991	Jugendforum der CDU Deutschlands „Politik zum Anfassen“ mit Diskussionsforen und Plenarveranstaltungen sowie „Abend der Begegnung“ anlässlich des Tages der Deutschen Einheit; Schwerin, Halle am Fernsehturm	1.000
12. 10. 1991	Kongreß der Grundsatzprogrammkommission „Die CDU diskutiert ein neues Grundsatzprogramm: Was erwarten Sie?“ Weimar, Volkshaus	250
19./20. 10. 1991	18. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – Solidarisch die Einheit gestalten“ Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	550
31. 10. 1991	Fachkongreß „Kulturgemeinschaft Europa – die Zukunft des Kontinents“ Frankfurt/Oder, Kongreßhotel, Frankfurter Hof	500

4./6. 11. 1991	Studentenforum mit RCDS u. Konrad-Adenauer-Stiftung „Aufbruch nach Europa“ (Rede des Bundeskanzlers mit Diskussion) Jena, Friedrich-Schiller- Universität	400
17./19. 11. 1991	Klausurtagung der Grundsatz- programmkommission Potsdam, Residence-Hotel	50

4. Pressearbeit

Aufgabe der Pressestelle ist es, der Politik der CDU zu einem möglichst wirkungsvollen Echo in den Medien zu verhelfen. Diesem Zweck dienen Pressekonferenzen, die Beantwortung zahlreicher telefonischer und schriftlicher Anfragen, Hintergrundgespräche und schriftliche Pressemitteilungen (im Zeitraum Oktober 1990 bis 15. November 1991 wurden 583 Beiträge und Stellungnahmen abgegeben) sowie die Erstellung von Schriftinterviews. Ferner fanden zahlreiche Einzelgespräche mit Journalisten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen statt. Der Schwerpunkt der Pressearbeit liegt in der Zusammenarbeit mit den in Bonn akkreditierten Journalisten. Gleichwohl kommt regelmäßigen Kontakten auch mit den Zentralredaktionen von Fernsehen, Hörfunk und Printmedien zunehmende Bedeutung zu. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Kontakte zu den Mitgliedern der Landespressekonferenzen in den neuen Bundesländern gelegt.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit sind auch Planung und Abwicklung von Interviews und Pressekontakten der Parteiführung, insbesondere des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs. Hinzu kommen die Beobachtung und Kommentierung der Aktivitäten anderer Parteien sowie - in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Organisation - die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlkampfreisen prominenter Politiker, die Pressebetreuung auf Parteitagen, Kongressen und anderen Veranstaltungen der CDU.

Neben 47 offiziellen Pressekonferenzen im Berichtszeitraum sind Hintergrund- und Informationsgespräche zu Einzelthemen der Politik wichtige Instrumente der Information. Besonderes Interesse bestand bei in- und ausländischen Journalisten an Kontakten mit dem Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler sowie mit dem Generalsekretär. Für die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse der Partei wurden mit ausgewählten, an besonderen Fachfragen interessierten Journalisten Kontaktgespräche und Hintergrundtreffen organisiert.

Die Verbindung zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Land-

tagsfraktionen, der CSU sowie der Bundesregierung und ihrer Ministerien wird durch regelmäßige Treffen und einen intensiven gegenseitigen Informationsaustausch gepflegt. Außerdem werden gemeinsame Presseaktivitäten zwischen Bundespartei und Landesverbänden bzw. Vereinigungen in kontinuierlichen telefonischen Absprachen vereinbart und durchgeführt.

Während der Landtagswahlkämpfe in den neuen Bundesländern sowie in Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg wurde der Kontakt zu den für die Pressearbeit in den Landesverbänden verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen besonders intensiv wahrgenommen. Die Presseaktivitäten wurden regelmäßig miteinander besprochen und zwischen Bundes- und Landesebene abgestimmt.

In den Landtagswahlkämpfen und im Bundestagswahlkampf wurden die zentralen Kundgebungen des Bundesvorsitzenden, die Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen des Generalsekretärs und eine Vielzahl der Einsätze der Bundesredner pressemäßig betreut. Zu einer Reihe von Veranstaltungen wurden Wahlkampfbegleitungen für in- und ausländische Journalisten organisiert. In der „heißen“ Wahlkampfphase des Bundestagswahlkampfes gab die Pressestelle der Bundespartei insgesamt 73 Pressemitteilungen heraus, von Grundsatzartikeln des Bundesvorsitzenden sowie des Generalsekretärs über Presseerklärungen von Europaabgeordneten bis hin zu aktuellen politischen Stellungnahmen, Erwidern auf Angriffe des politischen Gegners. Sämtliche Anzeigen der Bundespartei, die in Boulevard-Zeitungen bzw. in der regionalen und überregionalen Presse erschienen, sowie sämtliche Flugblätter, die die Bundespartei den Kreisverbänden zu aktuellen politischen Themen zur Verfügung stellten, wurden den in Bonn akkreditierten Parlamentsjournalisten aus dem In- und Ausland zugänglich gemacht. Gleiches gilt für die Zeitung „Deutschland am Wochenende“.

In die Verantwortung der Pressestelle fällt auch der gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU herausgegebene Pressedienst, der „Deutschland-Union-Dienst“.

Der bisher von zwei Redakteuren (seit dem 1. Juli 1991 nurmehr von einem Redakteur) gestaltete „Deutschland-Union-Dienst“ hat mit seinem werktäglichen Tagesdienst eine stabile Auflage von 1.000 Exemplaren, die bundesweit vertrieben werden. Die Auflage der DUD-Wochenausgabe, in der die wichtigsten Artikel einer Woche zusammengefaßt werden, beträgt 460 Exemplare. Der DUD wird, wie eine Auswertung ergab, in den Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen wesentlich häufiger zitiert als die Pressedienste anderer Parteien. Der ebenfalls wöchentlich erscheinende Dienst „Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare“ (GNK) hat eine Auflage von 2.100 Exemplaren.

Seit dem 1. Oktober 1991 gehören die Zuständigkeiten für die Medienpolitik im Bereich der Printmedien und des Films sowie die Herausgabe der täglichen Presseschau ebenfalls zum Geschäftsbereich der Pressestelle.

5. Ständige Publikationen

5.1 „Union in Deutschland“ (UiD)

Der Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich (mindestens 40 Ausgaben im Jahr). Der UiD enthält Informationen zu aktuellen politischen Ereignissen und Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert damit über die jeweilige Beschlußvorlage der Partei, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Regierung.

Der UiD enthält regelmäßig einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich behandelt wird bzw. Parteitagsbeschlüsse, Regierungserklärungen, Koalitionsvereinbarungen und Wahlergebnisse dokumentiert werden.

Der UiD weist außerdem regelmäßig auf das Angebot der Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle hin und gibt Ratschläge und Tips für die Öffentlichkeitsarbeit Parteigliederungen.

Insbesondere für die neuen Landesverbände gab es im Frühjahr 1991 eine Beilagenserie „Ratgeber für die neuen Bundesländer“ mit Tips zu den Themen Arbeit, Gesundheit, Familie, soziale Sicherheit, Verbraucher und Wohnen. Neu ist auch die Beilagenform des „UiD extra“, mit dem im Oktober dieses Jahres ausführlich über das Jugendforum in Schwerin berichtet worden ist. Als „UiD extra“ ist z.B. auch die „Weimarer Erklärung“ erschienen.

Für die Landesverbände gibt es die Möglichkeit einer regionalen Beilage (gelber Teil), von der im Berichtszeitraum vor allem der Landesverband Nordrhein-Westfalen häufig Gebrauch gemacht hat.

Während des Bundestagswahlkampfes wurden von Anfang September bis zum Wahltag in Absprache mit den Landesverbänden rund 10.000 Wahlkämpfer zusätzlich mit dem UiD beliefert.

Seit der Ausgabe 35/91 wird der UiD in den neuen Landesverbänden nach dem gleichen Schlüssel wie in den alten Landesverbänden verteilt, nach dem bis dahin der Versand anhand einfacher Adressenlisten erfolgte. Noch ist der UiD-Verteiler in den neuen Ländern nicht vollständig, mit dem fortschreitenden Aufbau der zentralen Mitgliederkartei wird er aber laufend ergänzt.

5.2 Union Magazin

Das Mitgliedermagazin „Union - das Magazin der CDU Deutschlands“ ist seit Oktober 1990 viermal in

einer Gesamtauflage von 750.000 Exemplaren erschienen. Die beabsichtigte Ausweitung auf sechs Ausgaben pro Jahr konnte aus organisatorischen und finanziellen Gründen im Jahr 1991 noch nicht realisiert werden. Die Ausgabe 4/91 wird erstmals auch an alle Mitglieder in den neuen Bundesländern versandt, so daß sich die Auflage künftig auf rund 850.000 Exemplare erhöht.

Der vom Parteivorsitzenden Helmut Kohl berufene Redaktionsbeirat unter Vorsitz der Sprecherin der CDU koordiniert die redaktionelle Zielsetzung, nimmt Einfluß auf die mittel- und langfristige Themenplanung und stellt die enge Anbindung an die Bundespartei sicher.

6. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

6.1 Hessen

Im Rahmen des Bundesrednereinsatzes fanden in Hessen 204 Veranstaltungen statt, die von 31 Politikern bestritten wurden. Über die Bundesgeschäftsstelle wurden 4.750 Plakate bestellt, darüber hinaus sind aufgrund der Kostenregelung zahlreiche Bestellungen direkt durch die Kreisverbände erfolgt.

Zentrale Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden:

9. 1. 1991	Darmstadt	4.000 Teilnehmer
	Sporthalle am Böllenfalltor	
11. 1. 1991	Offenbach	4.500 Teilnehmer
	Stadthalle	
16. 1. 1991	Alsfeld	1.200 Teilnehmer
	Stadthalle	
16. 1. 1991	Bad Hersfeld	2.800 Teilnehmer
	Stadthalle	
16. 1. 1991	Friedberg	2.500 Teilnehmer
	Stadthalle	
16. 1. 1991	Marburg	3.800 Teilnehmer
	Großsporthalle	

Weitere Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden, die in Lampertheim, Baunatal und Wiesbaden vorgesehen waren, mußten aufgrund der Entwicklung des Golfkrieges kurzfristig abgesagt werden.

Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit gestaltete für jeden Landtagskandidaten zwei Seiten in der Wahlkampfzeitung „Hessen vorn“.

6.2 Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz haben 37 Bundespolitiker in der Zeit vom 25. Februar 1991 bis zum Wahltag insgesamt 146 Veranstaltungen durchgeführt. Die Kreisverbände haben die entsprechenden Plakate direkt bestellt.

Zentrale Wahlkampfkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden:

14. 3. 1991	Frankenthal Rathausplatz	3.000 Teilnehmer
	Bingen Carl-Puricelli-Platz	1.500 Teilnehmer
15. 3. 1991	Daun Marktplatz	1.500 Teilnehmer
	Zweibrücken Schloßplatz	2.000 Teilnehmer
11. 4. 1991	Worms Obermarkt	4.000 Teilnehmer
	Kaiserslautern An der Stiftskirche	2.800 Teilnehmer
12. 4. 1991	Neuwied Luisenplatz	2.600 Teilnehmer
	Germersheim Kirchenplatz	1.300 Teilnehmer
16. 4. 1991	Neustadt Marktplatz	2.400 Teilnehmer
	Idar-Oberstein Platz „Auf der Idar“	2.000 Teilnehmer
17. 4. 1991	Hachenburg Alter Markt	1.500 Teilnehmer
	Simmern Schloßplatz	2.300 Teilnehmer
18. 4. 1991	Koblenz Zentralplatz	4.200 Teilnehmer
	Trier Porta-Nigra	2.400 Teilnehmer

6.3 Hamburg

Zehn Bundespolitiker haben vom 6. April 1991 an auf 16 Veranstaltungen in der Hansestadt gesprochen.

Zentrale Wahlkampfkundgebung mit dem Parteivorsitzenden:

28. 5. 1991 Congress-Centrum- 4.000 Teilnehmer
Hamburg

Mitarbeiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit unterstützten den Landtagswahlkampf beim Telefoncanvassing. Die Durchführung moderner Wahlkampfmethoden wurde ebenfalls aus Bonn personell unterstützt: Ein Team der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit organisierte gut besuchte Talkshows mit dem Spitzenkandidaten.

6.4 Bremen

Im kleinsten Bundesland waren im September neben dem Parteivorsitzenden weitere vier Bundespolitiker zu Gast.

Zentrale Wahlkampfveranstaltung mit dem Parteivorsitzenden:

25. 9. 1991 Stadthalle Bremen 8.000 Teilnehmer

Eine Telefoncanvassing-Aktion des Landesverbandes wurde mit einer Schulung durch die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet und bei der Durchführung aktiv unterstützt. Ebenfalls gestaltete die HA Öffentlichkeitsarbeit die Bremer Wahlkampfzeitung der CDU und leistete Hilfe bei der Erstellung weiterer Wahlkampfwerbemittel.

6.5 Baden-Württemberg

Der Landesverband möchte 18 namentlich genannte Bundespolitiker einsetzen; diese wurden bereits um Terminbenennung gebeten.

Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit nimmt beratend an den Sitzungen der Wahlkampfkommission teil. Auch hier stehen neue Wahlkampfmethoden im Mittelpunkt der Beratung.

6.6 Schleswig-Holstein

Im Rahmen der Vorbereitungen des Bundesrednereinsatzes für diesen Wahlkampf wurden bereits 31 Bundespolitiker angeschrieben und um Terminbenennung gebeten.

Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit berät beim Thema Telefonmarketing und neue Veranstaltungsformen. In einem ganztägigen Seminar wurden den Landtagskandidaten Informationen über aktuelle und bürgernahe Wahlkampfmethoden vermittelt.

7. Öffentlichkeitsarbeit

Aktuelle Zeitungsflugblätter

Mit Zeitungsflugblättern wurden die Verbände der CDU mehrfach aus aktuellem politischen Anlaß ausgestattet:

- **Golfkrieg:** „Für Frieden und Freiheit in der Welt“. Deutschlands Haltung im Kampf der Völkergemeinschaft gegen den Aggressor Hussein wurde deutlich gemacht.
- **Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“:** „Wir zeigen Solidarität.“ Die weitreichenden Entscheidungen zur Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern wurden dargestellt und ausführlich begründet.
- **Ein Jahr Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion:** „Aufbau und Wandel kommen voran“. Informationen und Argumente zum Beleg dafür, daß der Umbau von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft voll in Gang gekommen ist.

Serie „Ratgeber für die neuen Bundesländer“

Vor allem für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern wurde eine Serie „Ratgeber“

herausgegeben, die ausführlich über gesetzliche Neuregelungen und Rechtsansprüche in folgenden Bereichen berichteten: Familie, Verbraucher, Wohnen, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Arbeit.

Dialog-Informationsmittel

Die erfolgreiche Faltblattserie „Was sagt die CDU zum Thema ...“ wurde weitergeführt. Durch ständige Aktualisierung bei Neuauflagen standen den Verbänden damit Verteilmittel zur Verfügung, die dem jeweiligen Stand politischer Diskussionen und Entscheidungen entsprachen.

Infifax und Flugblätter

Die sich zum Teil überstürzenden Nachrichten im Verlauf des Jahres 1991 (z.B. Golfkrieg, Putschversuch in Moskau, Asylproblem) machten schnelle interne Information sowie knapp gefaßte Argumentation zur Verteilung in der Öffentlichkeit vordringlich. Mit dem Infifax-System (vgl. Wahlkampfbericht) konnten beide Ziele verwirklicht werden: Den Verbänden standen innerhalb kürzester Zeit Informationsmaterial und Druckvorlagen für Verteilaktionen zur Verfügung.

UiD extra

In einer neuen Form erschienen drei Ausgaben „UiD extra“: Im Zeitungsstil mit ansprechendem Layout und durch interessante Fotos aufgelockert wurden folgende aktuelle Themen behandelt:

- Informationen über die neuen Bundesländer/Berichte über Bürger, die die Wende meistern;
- in Freiheit zur inneren Einheit: Weimarer Erklärung der CDU Deutschlands;
- Berichte über das Jugendforum von CDU und Junger Union in Schwerin.

Schulungsmaterialien

Für die Seminare für die hauptamtlichen Mitarbeiter in den neuen Bundesländern wurden Informationsmaterialien herausgegeben, die sich an der besonderen Situation der Parteiarbeit in den neuen Bundesländern orientierten.

Tag der Deutschen Einheit

Zum ersten Jahrestag der Deutschen Einheit wurden die Verbände der CDU in ihrer Öffentlichkeitsarbeit mit folgenden Materialien unterstützt: einer Wandzeitung, einem Satz Flugblattvorlagen mit Grafiken zum aktuellen Stand der Entwicklung in den neuen Bundesländern, einer Musterrede im UiD, die vorab als Sonderdruck verschickt wurde, sowie einem kurzen Leitfaden mit Vorschlägen zur Gestaltung des Tages der Deutschen Einheit vor Ort.

8. Organisation

Organisationshandbuch

Nach drei Jahren wurde wieder ein vollständig neues Organisationshandbuch herausgebracht, das erstmals auch Informationen über die fünf neuen Bundesländer und den Ostteil von Berlin enthält. Die Auflage beträgt 800 Exemplare.

Referentenvermittlung

Im Berichtszeitraum erreichten die CDU-Bundesgeschäftsstelle 126 Anfragen aus dem vorpolitischen Raum. Für 78 Veranstaltungen wurden Referenten vermittelt.

Besucherdienst

Von Januar bis Dezember 1991 wurden im Konrad-Adenauer-Haus 176 Gruppen mit 8.312 Personen betreut. Zusätzlich wurden „Kleingruppen“ aus der Partei mit dem Haus und den Aufgaben der CDU bekannt gemacht, so daß insgesamt ca. 9.000 Personen durch den Besucherdienst betreut wurden. Seit 1987 werden im Rahmen des Besucherdienstes zusätzlich zu den Informationen über die Arbeit der Parteizentrale auch politische Diskussionen mit Mitarbeitern der Hauptabteilung Politik und Vorträge zu speziellen Themenbereichen der Parteiarbeit, wie Organisation und Aufbau der Partei oder Öffentlichkeitsarbeit arrangiert. Dieses Serviceangebot wird von den Besuchergruppen stark in Anspruch genommen.

V. Die Mitgliederentwicklung in der CDU

1. Die Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder der CDU-Deutschlands am 31. Oktober 1991 beträgt 756.519, davon 645.271 Mitglieder in den zwölf alten und 111.248 Mitglieder in den fünf neuen Landesverbänden.

Neue Landesverbände

Von Ende Dezember 1990 an wurden die Mitglieder der CDU in der ehemaligen DDR von der zentralen Mitgliederkartei der ehemaligen Hauptgeschäftsstelle in Berlin übernommen und in der zentralen Mitglieder-Kartei der CDU-Deutschlands erfaßt. Die Übernahmearbeiten, einschließlich der Überprüfung durch die zuständigen Kreisverbände, waren im Oktober 1991 abgeschlossen.

Zum 31. Dezember 1990 waren in der Kartei in Berlin 134.409 Mitglieder erfaßt. Nach Abschluss der Übernahmearbeiten und der sich daraus ergebenden Karteibereinigung beträgt die Zahl der Mitglieder in den fünf neuen Landesverbänden 111.248.

Vergleicht man die Mitgliederanzahl mit der Bevölkerungszahl, die im beitriffähigen Alter ist, so stellt man fest, daß in ganz Deutschland 1,1 % der Bevölkerung Mitglied in der CDU Deutschlands sind. In den alten Ländern sind es 1,2 % und in den neuen 0,8 %.

2. Regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitglieder 31.12.1989	Mitglieder 31.12.1990	Mitglieder 31.10.1991
Baden-			
Württemberg	92.082	91.791	91.206
Berlin	14.642	15.513	17.031
Brandenburg		18.555	13.785
Bremen	3.606	3.737	3.893
Hamburg	14.150	13.985	13.641
Hessen	64.599	64.064	62.915
Mecklenburg-			
Vorpommern		21.210	15.136
Braunschweig	9.979	9.905	10.022
Hannover	71.778	71.052	71.982
Oldenburg	18.003	17.717	17.758
Nordrhein-			
Westfalen	237.777	233.656	226.536
Rheinland-Pfalz	73.110	71.913	70.122
Saarland	26.777	26.142	25.267
Sachsen		37.614	32.549
Sachsen-Anhalt		26.214	22.442
Schleswig-			
Holstein	36.095	35.725	34.898
Thüringen		30.816	27.336

3. Dauer der CDU-Mitgliedschaft

Dauer der Mitgliedschaft Stand 31. 10. 1991	Mitglieder in Prozent
unter 10 Jahre	34,1 %
10 – 20 Jahre	41,2 %
über 20 Jahre	24,5 %
ohne Angaben	0,2 %

4. Struktur der CDU-Mitgliedschaft

4.1 Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 25,6 % der Mitglieder (193.962) weiblich und 74,4 % (562.557) männlich. Dieser im Vergleich zum letzten Jahr höhere Anteil an Frauen beruht auf dem Beitritt der neuen Landesverbände. In den alten Landesverbänden liegt der Anteil der Frauen bei 23,2 % und in den neuen Ländern bei 39,7 %.

4.2 Altersstruktur

Beim Vergleich der Altersstrukturen der Mitglieder der CDU Deutschlands ergibt sich folgendes Bild:

Alter	gesamt	alte	neue
		Länder	Länder
–24	2,6 %	2,4 %	3,4 %
25–29	4,2 %	3,7 %	7,0 %
30–39	13,5 %	12,1 %	21,9 %
40–49	22,0 %	22,1 %	21,3 %
50–59	27,5 %	28,7 %	20,2 %
60–69	17,4 %	18,0 %	14,2 %
70–	12,4 %	12,5 %	11,7 %
ohne Angaben	0,4 %	0,5 %	0,3 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 51,6 Jahre. Unterscheidet man die Altersgruppen-Statistik nach dem Geschlecht, so ergibt sich bei den Männern ein um ca. 1,0 % höherer Anteil bei den 50 - 59 jährigen, bei den Frauen ist der Anteil der über 50 jährigen um ca. 5 % höher als in der Gesamtstatistik. Das Durchschnittsalter bei den Frauen liegt bei 52,5 und das der Männer bei 51,3 Jahren.

Bei der Unterscheidung nach Alter und Geschlecht sieht man jeweils, daß der Beitritt der neuen Landesverbände die Struktur verbessert hat.

4.3 Berufsstruktur

Berufsgruppe	gesamt	alte	neue
		Länder	Länder
Angestellte	28,9 %	28,7 %	30,2 %
Arbeiter	12,7 %	9,1 %	33,6 %
Arbeitslose	0,6 %	0,5 %	1,5 %
Beamte	11,2 %	12,8 %	1,9 %
Hausfrauen/-männer	10,2 %	11,3 %	4,1 %
in Ausbildung	3,3 %	3,6 %	1,4 %
Rentner/Pensionäre	6,7 %	4,7 %	18,1 %
Selbständige	20,8 %	23,3 %	6,3 %
Helfer i. Fam.betrieb	0,5 %	0,5 %	0,8 %

Gegenüber dem 31. Dezember 1990 hat sich der Anteil der Arbeiter durch den hohen Anteil der Arbeiter in den neuen Ländern (33,6 %) um gut 3,0 % erhöht, der Anteil der Selbständigen hat sich dagegen um ca. 2,5 % verringert. Auch die Anteile von Beamten und Rentnern und Pensionären haben sich durch den Beitritt der neuen Landesverbände signifikant verändert.

5. Ehrenamtliche Mandats- und Funktions-träger und hauptamtliche Mitarbeiter

5.1. Funktionsträger

In der CDU-Deutschlands gibt es 22.767 ehrenamtlich tätige Funktionsträger, davon sind:

- 14.380 Ortsvorsitzende (9.685 in den alten und 4.695 in den neuen Bundesländern)
- 7.586 Kreisvorstandsmitglieder (5.971 in den alten und 1.615 in den neuen Bundesländern)

- 385 Bezirksvorstandsmitglieder (nur in den alten Bundesländern)
- 376 Landesvorstandsmitglieder (304 in den alten und 72 in den neuen Bundesländern)
- 40 Bundesvorstandsmitglieder (32 in den alten und 8 in den neuen Bundesländern)

5.2. Mandatsträger

Für die CDU-Deutschlands sind auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene insgesamt 46.245 Mandatsträger tätig, davon 7.206 in den neuen Bundesländern.

5.3 Hauptamtliche Mitarbeiter

Auf Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene gibt es 1.144 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

6. Gliederungen

Die CDU-Deutschlands gliedert sich in:

- 17 Landesverbände
- 27 Bezirksverbände
- 466 Kreisverbände – die von 301 hauptamtlich besetzten Kreisgeschäftsstellen betreut werden – und
- 14.380 Ortsvereine.

VI. Politischer Arbeitskalender

1./2. Oktober 1990	1. Parteitag der CDU Deutschlands in Hamburg	7. Februar 1991	Die CDU-Landtagsfraktion Brandenburg zu Gast im Konrad-Adenauer-Haus
14. Oktober 1990	Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern	13. Februar 1991	Pressekonferenz des Generalsekretärs: „Deutschlands Verantwortung in der Welt“
15. Oktober 1990	Bundesvorstand	20. Februar 1991	Pressekonferenz des Generalsekretärs: „Die innere Einheit vollenden“
17. Oktober 1990	Landesgeschäftsführerkonferenz	22./23. Februar 1991	Klausursitzung des Bundesvorstandes in Mayschoß
22. Oktober 1990	Bundesvorstand	25. Februar 1991	Pressekonferenz des Generalsekretärs zu den Ergebnissen der Bundesvorstandsklausur
12. November 1990	Bundesvorstand	4. März 1991	Pressekonferenz des Generalsekretärs zu den Ergebnissen seiner USA-Reise
2. Dezember 1990	Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Bundestag und zum Abgeordnetenhaus von Berlin	12. März 1991	Landesgeschäftsführerkonferenz
3. Dezember 1990	Bundesvorstand	13. März 1991	Verabschiedung von Peter Radunski und Einführung des neuen Bundesgeschäftsführers Wilhelm Staudacher
17. Dezember 1990	Bundesvorstand	18. März 1991	Anhörung der Frauen-Union zum § 218 StGB
10. Januar 1991	Bundesvorstand	21. März 1991	Konstituierende Sitzung der Kommission „Schutz des ungeborenen Kindes“
20. Januar 1991	Landtagswahl in Hessen	6. April 1991	Der Landesvorstand der CDU Sachsen zu Gast im Konrad-Adenauer-Haus
21. Januar 1991	Bundesvorstand	12./13. April 1991	32. Bundestagung des EAK in Berlin unter dem Motto „Das vereinte Deutschland – Chance und Aufgabe“
21. Januar 1991	Gespräch des Generalsekretärs mit den Vorsitzenden der neuen Landesverbände	17. April 1991	Konstituierende Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission in Bonn
23. Januar 1991	Landesgeschäftsführerkonferenz	19. April 1991	Konstituierung der Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes
		21. April 1991	Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
		22. April 1991	Bundesvorstand
		26./27. April 1991	Klausursitzung der Landesgeschäftsführerkonferenz
		3. Mai 1991	Auf der Bundesvertreterversammlung der KPV in Hannover erklären die

	neuen Landesverbände der KPV in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ihren Beitritt zur Bundes-KPV	7.-8. Juni 1991	Auf dem 36. Bundeskongreß in Berlin werden die Landesmittelstandsvereinigungen aus den fünf neuen Bundesländern in die Mittelstandsvereinigung aufgenommen
15. Mai 1991	Verabschiedung von Andreas Fritzenkötter und Einführung der neuen Pressesprecherin Claudia Conrad	10. Juni 1991	Bundesausschuß in Weimar
15. Mai 1991	„Deutschlands Verantwortung in der Welt“: Außenpolitischer Kongreß der CDU in Bonn mit Reden von Generalsekretär Volker Rühle und Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg sowie einer Diskussion des Parteivorsitzenden Helmut Kohl mit ausländischen Journalisten	13. Juni 1991	Dritte Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission in Bonn
		18. Juni 1991	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik
		19. Juni 1991	Gespräch des Generalsekretärs mit dem Bundesverband der Deutschen Zahnärzte (BDZ)
16. Mai 1991	Zweite Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission in Bonn	19. Juni 1991	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik
		21. Juni 1991	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie
17. Mai 1991	Bundesweiter Fachkongreß von Frauen-Union und Senioren-Union: „Absicherung bei Pflegebedürftigkeit - Für eine menschengerechte Pflege“	26. Juni 1991	Bundesvorstand
		27. Juni 1991	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik in Magdeburg
22. Mai 1991	„Der Freiheit des Bürgers verpflichtet - Unsere Verantwortung für die Innere Sicherheit“: Fachkongreß der CDU Deutschlands zur Inneren Sicherheit, Hamburg	28. Juni 1991	Umweltkongreß in Magdeburg
		3. Juli 1991	Präsidiumsgespräch mit Vertretern der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) zum Thema Pflegeversicherung
28. Mai 1991	Anhörung von Sachverständigen durch die Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes	15./16. August 1991	Klausursitzung der leitenden Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle in Maria Laach
29. Mai 1991	Sitzung der Kommission „Schutz des ungeborenen Kindes“	30. August 1991	Bundesvorstand
31. Mai/1. Juni 1991	Klausursitzung des Bundesvorstandes in Windhagen	10. September 1991	Landesgeschäftsführerkonferenz
1. Juni 1991	Kreisvorsitzendenkonferenz der Frauen-Union zum Thema „§ 218“	10. September 1991	Konferenz der Sprecher der CDU in Landesparteien und Landtagen
2. Juni 1991	Bürgerschaftswahl in Hamburg	16. September 1991	Sitzung der Programmkommission für den Dresdner Parteitag
5. Juni 1991	Sitzung der Kommission „Schutz des ungeborenen Kindes“	16. September 1991	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Agrarpolitik

16. September 1991	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Außenpolitik	19./20. Oktober 1991	18. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union in Bonn unter dem Motto: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Solidarisch die Einheit gestalten.“
18. September 1991	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik		
18. September 1991	Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik	31. Oktober 1991	„Kulturgemeinschaft Europa - Die Zukunft des Kontinents“: Europapolitischer Kongreß in Frankfurt/Oder mit einer Rede von Generalsekretär Volker Rühle über das Thema „Geistige und kulturelle Grundlagen für die europäische Einheit“ und einer Diskussion des Parteivorsitzenden Helmut Kohl mit Schriftstellern und Historikern aus ganz Europa unter dem Motto: „Die Idee Europa - Die Zukunft des Kontinents“
19. September 1991	Gespräch des Generalsekretärs mit Vertretern der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) zum Thema Pflegeversicherung		
23. September 1991	Bundesvorstand: Benennung des neuen Vorsitzenden der Grundsatzprogrammkommission, Parl. StS. Dr. Reinhard Göhner, sowie seiner Stellvertreter Dr. Maria Böhmer MdB und Staatsminister Arnold Vaatz MdL	4.-6. November 1991	„Aufbruch nach Europa“ - Drittes Deutsches Studentenforum des RCDS in Jena mit einer Rede des Parteivorsitzenden Helmut Kohl zum Thema „Zukunftsperspektiven der jungen Generation auf dem Weg ins vereinte Europa“
26. September 1991	Sitzung der Programmkommission für den Dresdner Parteitag		
29. September 1991	Bürgerschaftswahl in Bremen		
30. September 1991	Bundesvorstand	8. November 1991	Gespräch des Bundesfachausschusses „Forschung und Technologie“ mit Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber zur Situation der Forschung in den neuen Ländern
2./3. Oktober 1991	Jugendforum in Schwerin		
4./5. Oktober 1991	Gemeinsame Sitzung der Vorstände von CDU und CSU in Kloster Banz		
6. Oktober 1991	Kommunalwahl in Niedersachsen	17.-19. November 1991	Klausurtagung der Grundsatzprogramm-Kommission in Potsdam unter Teilnahme des Parteivorsitzenden
12. Oktober 1991	Öffentliche Veranstaltung der Grundsatzprogramm-Kommission in Weimar	27. November 1991	Abendgespräch der Grundsatzprogramm-Kommission in Bonn zum Thema: „Die Bedeutung des 'C' für die Christlich Demokratische Union“
14. Oktober 1991	Bundesvorstand		
15. Oktober 1991	Konstituierung des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik		
16. Oktober 1991	Landesgeschäftsführerkonferenz	29. November 1991	Bundesvorstand
		14. Dezember 1991	Bundesvorstand

